



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bildungsketten JOURNAL

Den Übergangs- bereich erfolgreich gestalten

Schwerpunktthema

Übergänge in Ausbildung

Individuelle Begleitung

Wie eine strukturschwache Region
junge Menschen in Ausbildung bringt

Elterneinbindung

Studie zur Rolle der Eltern
bei der beruflichen Orientierung

5/2019

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Die fünfte Ausgabe des Bildungsketten-Journals ist erschienen.

- Wie gefällt Ihnen das neue Journal?
- Was können wir noch besser machen?
- Wo liegen wir genau richtig?
- Welches Thema wünschen Sie sich für die nächste Ausgabe?

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Ihre Kritik. Schreiben Sie uns eine E-Mail an info@bildungsketten.de. Oder diskutieren Sie mit uns und anderen Leserinnen und Lesern in der Bildungsketten-Community auf www.ueberaus.de.

Bildungsketten 



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Innovationen in der beruflichen Bildung
53170 Bonn

Konzept und Redaktion

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)
Arbeitsbereich 4.4 „Stärkung der Berufsbildung, Bildungsketten“
Servicestelle Bildungsketten
Carolin Jochum, Satiye Sarigöz, Michael Schulte (verantwortlich)
Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn
Tel.: +49 228 107-1400, Fax: +49 228 107-2887
E-Mail: info@bildungsketten.de
Internet: www.bildungsketten.de, www.bibb.de

Bestellungen

schriftlich an
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
oder per
Tel.: 030 18 272 272 1
Fax: 030 18 10 272 272 1

Sie möchten regelmäßig über Neuigkeiten in der Initiative Bildungsketten informiert werden? Schreiben Sie uns eine E-Mail an info@bildungsketten.de. Sie erhalten dann unseren Newsletter.

ISSN 2196-1255

Stand

April 2019

Gestaltung

PRpetuum GmbH, München

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock, Frankfurt am Main

Bildnachweise

Jan Zawadil, Reutlingen (Titel, S. 4, 12–17); überaus, Bundesinstitut für Berufsbildung (S. 2); Initiative Bildungsketten, Patrice Kunte (S. 4 oben links); Industrieblick – Fotolia (S. 4, 7, 22 rechts); weerachon – Fotolia (S. 9); Ellagrin – iStock (S. 11); Dr. Ulrich, privat (S. 21); sturti – iStock (S. 22, links, 23 Mitte); BartCo – iStock (S. 22, Mitte); SolStock – iStock (S. 23, links); monkeybusinessimages – iStock (S. 23 rechts); Bundesarbeitsgemeinschaft Berufswahlpass, Mike Auerbach (S. 4, 24); Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V., Claus Carl Jakob (S. 4, 27); BIBB/BOP, Annegret Hultsch Photography (S. 4, 29); Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten (S. 4, 30–32); KAUSA, Thilo Schoch (S. 35); Drivepix – Fotolia (S. 36); Tempura – iStock (S. 4, 39)

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe (Seitenzahlen in Klammern):

Neues aus der Servicestelle (S. 5): Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Die Initiative (S. 6–7): Satiye Sarigöz, Servicestelle Bildungsketten; Schwerpunktthema Übergänge in Ausbildung (S. 8–23): Gitta Schröder, freie Journalistin, Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Community (S. 24–25): Carolin Jochum, Servicestelle Bildungsketten; Gute Praxis (S. 26–27): Carolin Jochum, Servicestelle Bildungsketten; Lexikon (S. 28–29): Carolin Kunert, Programmstelle Berufsorientierung im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB); Partner-Engagement (S. 30–32): André Grabinski, Servicestelle Bildungsketten; Literatur (S. 33): Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Pinnwand (S. 34–35): Carolin Jochum, Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Splitter (S. 36–37): Michael Schulte, Servicestelle Bildungsketten; Letzte Seite (S. 38–39): André Grabinski, Servicestelle Bildungsketten

Diese Publikation wird als Fachinformation des Bundesministeriums für Bildung und Forschung kostenlos herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.

„Die Maßnahmen im Übergangsbereich von der Schule in die Ausbildung werden wir flexibler und praxisnäher gestalten. Damit junge Menschen ohne Umwege eine berufliche Ausbildung starten können.“

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung erfüllt eine wichtige soziale Funktion für die Berufsausbildung in Deutschland: Er soll junge Menschen, die nach der allgemeinbildenden Schule noch keine Ausbildungsstelle gefunden haben, direkt und ohne Umwege auf eine Berufsausbildung vorbereiten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat es sich mit der Initiative Bildungsketten zum Ziel gesetzt, möglichst jedem ausbildungsinteressierten jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Dabei stimmen wir uns mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Bundesagentur für Arbeit und den Ländern ab. Gemeinsam haben wir bereits viel erreicht: Die berufliche Orientierung in Schulen wurde systematisch ausgebaut und Unterstützungsangebote während der Ausbildung wurden erweitert. Damit die Fördermaßnahmen besser ineinandergreifen und regional zielgerichteter wirken können, haben die Partner der Initiative Bildungsketten landesspezifische Vereinbarungen getroffen. Dadurch schaffen wir kohärentere Strukturen. Denn unser Ziel ist und bleibt es, die Jugendlichen bei ihrem individuellen Weg in ihre berufliche Welt zu unterstützen. Davon profitiert auch die Wirtschaft, indem der Fachkräftenachwuchs gesichert wird.

Einige Länder reformieren aktuell den Übergangsbereich, um nach der Schulausbildung die Anschlüsse in eine vollqualifizierende Berufsausbildung zu verbessern. Ein Beispiel hierfür ist der Modellversuch im Land Baden-Württemberg, der die Neugestaltung des Übergangsbereichs zum Ziel hat. Damit soll mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger den direkte Übergang von der Schule in eine Ausbildung gelingen. Dieses Reformvorhaben stellen wir Ihnen als Schwerpunkt in dieser Ausgabe des Bildungsketten-Journals zum Thema Übergang Schule – Beruf vor.

Die Bildungsketten-Evaluation „Erfolgreiche Übergänge in die betriebliche Ausbildung“, zu der Sie ab Seite 8 dieser Broschüre mehr erfahren, zeigt, dass noch Optimierungsbedarf in vielen Bereichen des Übergangs Schule – Beruf besteht. Das betrifft insbesondere die Koordinierung und Planung der Maßnahmen von Bund und Ländern. Alle Länder engagieren sich für die berufliche Orientierung, im Übergangsbereich gibt es jedoch noch gemeinsamen Handlungsbedarf. Wir möchten deshalb die Länder auch künftig dabei unterstützen, Konzepte und Fördermaßnahmen für einen gelingenden Übergang weiterzuentwickeln. Daher wollen der Bund und die Bundesagentur für Arbeit die Bildungsketten-Vereinbarungen mit den Ländern über das Jahr 2020 hinaus in neuen Verträgen fortführen.

Ihr
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Inhalt

- 5** **Neues aus der Servicestelle**
Projekte aus den Bildungsketten-Vereinbarungen – Basisseminare für Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter
- 
- 
- Lexikon Potenzialanalysen –**
Wegbereiterinnen für eine erfolgreiche Berufsorientierung
- 6** **Die Initiative**
Weiterentwicklung der Initiative Bildungsketten
- 
- 
- Partner-Engagement**
Paul geht seinen Weg – Auszubildende individuell begleiten
- 8** **Schwerpunktthema**
Übergänge in Ausbildung
Den Übergangsbereich erfolgreich gestalten
- 
- 
- Literatur**
Berufsschule im dualen System/Inklusive Bildung in Deutschland
- 24** **Community**
Berufswahlpass wird digital
- 
- 
- Pinnwand**
Splitter
- 26** **Gute Praxis**
Wege in Ausbildung: KAUSA Servicestellen unterstützen Unternehmen
- 
- 
- Die letzte Seite**
Eltern in die berufliche Orientierung einbinden

Projekte aus den Bildungsketten-Vereinbarungen Basisseminare für Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter

NEUES AUS DER SERVICESTELLE

Die Servicestelle Bildungsketten im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) unterstützt die beteiligten Akteurinnen und Akteure der Initiative Bildungsketten im Jahr 2019 mit vielfältigen Angeboten und Veranstaltungen.

In den Ländern existieren Steuerungsgruppen zu den Vereinbarungen der Initiative Bildungsketten (→ siehe auch S. 6–7). Ziel ist es, über Herausforderungen und Meilensteine bei der Umsetzung der Vereinbarungen regelmäßig zu beraten. Die Servicestelle Bildungsketten unterstützt als Mitglied der Steuerungsgruppen den Bund und die Länder bei der Weiterentwicklung von Fördermaßnahmen.

Aus den Vereinbarungen mit den Ländern sind einzelne Projekte gestartet oder noch in Planung, die der Bund fördert. Beispiele: In Baden-Württemberg vermittelt das „Bildungsjahr für erwachsene Flüchtlinge“ (BEF Alpha) Grundlagen für die Integration in Wirtschaft und Gesellschaft. In Mecklenburg-Vorpommern beteiligen sich 21 Schulen an einem Modellvorhaben zur beruflichen Orientierung mit dem Ziel, den Übergang Schule – Beruf nahtlos zu gestalten. In Bremen ist das „Sonderprogramm zur Berufsorientierung leistungsstarker Schülerinnen und Schüler“ geplant, das an der gymnasialen Oberstufe Projekte zu innovativen Ansätzen in der beruflichen Orientierung fördert. In Sachsen ist das Leuchtturmprojekt „Sachsenweites Netzwerk zur Gewinnung von Studienaussteigerinnen und Studienaussteigern für die berufliche Bildung im Rahmen der Initiative Bildungsketten – Quickstart Sachsen“ gestartet, das alternative Qualifizierungswege in der beruflichen Bildung aufzeigt.

Neue Kohorte der Berufseinstiegsbegleitung

Im September 2018 startete die neue Kohorte von geförderten Jugendlichen in der Berufseinstiegsbegleitung (BerEb). Die Servicestelle Bildungsketten bietet 2019 wieder Basisseminare für Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter an. Geplant sind zudem Bildungsketten-Werkstätten zur Verzahnung unterschiedlicher Maßnahmen am Übergang Schule – Beruf. Dabei soll es

insbesondere um die Förderinstrumente Berufseinstiegsbegleitung, Assistierte Ausbildung und die Initiative VerA zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen gehen. Eine weitere Veranstaltung widmet sich der individuellen Begleitung in Ganztagschulen. Die Partner der Initiative Bildungsketten führen darüber hinaus Veranstaltungen für die Bildungspraxis zum Thema Integration in Ausbildung durch.

Übersicht zu Maßnahmen für junge Geflüchtete

Ein aktuelles Arbeitspapier der Servicestelle Bildungsketten gibt einen Einblick in die Maßnahmen der Länder zur beruflichen Orientierung und am Übergang Schule – Beruf für junge Geflüchtete. Ziel ist es, die Entwicklungen und Verschiebungen bei den Angeboten sichtbar zu machen, neue Schwerpunkte zu identifizieren und Herausforderungen zu benennen. Hierzu führte die Servicestelle Bildungsketten zwischen November 2017 und März 2018 eine Abfrage durch, an der sich 15 Bundesländer beteiligten. Die Angebote werden in folgende Phasen eingeteilt: Berufsorientierung, Übergänge, Ausbildung und phasenübergreifende Ansätze. Die Servicestelle Bildungsketten plant ein Online-Dossier zum Thema Geflüchtete, das Handlungsempfehlungen für die Bildungspraxis geben soll.



Mehr Infos

- Landesspezifische Vereinbarungen zur beruflichen Orientierung und zum Übergang Schule – Beruf in der Initiative Bildungsketten
www.bildungsketten.de/strukturen-schaffen
- Maßnahmen der Länder zur beruflichen Orientierung und am Übergang Schule – Beruf für junge Geflüchtete
<http://bit.ly/Gefluechtete>
- Aktuelle Veranstaltungen
www.bildungsketten.de/termine

Weiterentwicklung der Initiative Bildungsketten

DIE INITIATIVE

Bei der Weiterentwicklung der Initiative Bildungsketten streben die Partner den Umbau des Übergangsbereichs zu einem anschlussfähigen und praxisnahen System an. Dabei stehen die Dualisierung und Vereinheitlichung von schulischen Maßnahmen genauso im Fokus wie Unterstützungsleistungen für Jugendliche und Unternehmen.

Damit Fördermaßnahmen besser ineinandergreifen und wirken können, haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit mit den Ländern Vereinbarungen zur beruflichen Orientierung und zum Übergang Schule – Beruf in der Initiative Bildungsketten abgeschlossen. Mit den bisherigen Vereinbarungen ist es gelungen, einen festen Instrumentenkasten in der beruflichen Orientierung eingepasst in das jeweilige Landeskonzept zu etablieren. Handlungsbedarf besteht weiterhin im Übergangsbereich und in der Ausbildung.

Vom Übergangsbereich zum System

Die Ergebnisse der Evaluation zur Initiative Bildungsketten (→ siehe Schwerpunktthema Übergänge in Ausbildung, ab S. 8) liefern Ansatzpunkte für eine breite und kohärentere Prozessgestaltung am Übergang Schule – Beruf. Darauf aufbauend setzen sich die Partner der Initiative Bildungsketten künftig systematisch mit den jeweiligen Strukturen in den Ländern auseinander, um transferfähige Ansätze zu entwickeln. Schwerpunkte bilden dabei

- der Auf- bzw. Ausbau von länderspezifischen Strukturmodellen für ein Übergangssystem;
- der Aufbau einer systematischen Berufsorientierung an Berufsschulen mit individuellen Förderansätzen in berufsschulischen Bildungsgängen sowie der Aufbau von Beratungsstellen;
- die Etablierung und der Ausbau von regionalen Kooperationsstrukturen, z. B. rechtskreisübergreifende Modelle wie Jugendberufsagenturen;
- der kontinuierliche Aufbau von Übergabestrukturen zwischen abgebender und aufnehmender Schule;

- die Entwicklung von dualisierten Angeboten, die abhängig von Ausbildungsreife, Schulmüdigkeit und strukturellen Bedingungen vor Ort unterschiedlich stark ausgeprägt sein können;
- die Strukturierung und Verzahnung berufsschulischer Maßnahmen mit SGB II/III-Maßnahmen;
- die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen Maßnahmen;
- die Gewinnung und Einbindung von Unternehmen, z. B. zur Bereitstellung von qualifizierten Praktikumsplätzen.

Für ein durchlässiges, flexibles und praxisnahes Übergangssystem gibt es bereits vielversprechende Ansätze wie die dualisierte Ausbildungsvorbereitung in Baden-Württemberg und Hamburg oder Schulversuche wie die Berufseinstiegsstufe (BEST) in Niedersachsen und die „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung“ (BÜA) in Hessen, die bei der Weiterentwicklung des Übergangsbereichs zu einem System Orientierung bieten.

Unterstützung in der Ausbildung

Mit der Ausbildung junger Menschen sichern Unternehmen ihren Fachkräftebedarf ab, gleichzeitig leisten sie einen hohen gesellschaftlichen Beitrag. Trotz einer besseren Angebot-Nachfrage-Relation gibt es jedoch Versorgungs- und Besetzungsprobleme – je nach Berufen und Regionen. Zugleich deutet eine sinkende Ausbildungsquote den Rückzug von Unternehmen aus der Ausbildung an. Damit sich mehr Betriebe für die Ausbildung engagieren, benötigen insbesondere Kleinst-, Klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) Unterstützung bei der Gewinnung und Ausbildung junger Menschen.

Mit dem Programm JOBSTARTER plus reagierte die Bundesregierung auf den Unterstützungsbedarf. Aktuell begleiten 20 Projekte die KMU dabei, ihre Aus- und Weiterbildung an die Anforderungen der Digitalisierung anzupassen.

Gefördert werden in einer weiteren Förderlinie Projekte, die KMU mit dem Externen Ausbildungsmanagement (EXAM) beraten und unterstützen. Die Aktivitäten umfassen auch die regionalen Übergangsbereiche. Hierzu zählen die Nachwuchswerbung in Schulen oder die Initiierung von Schülerpraktika. Die regionalen



Projekte sollen eng mit der lokalen Wirtschaft sowie weiteren relevanten Akteuren der Berufsbildung und des Übergangsmanagements vor Ort zusammenarbeiten. Auch die Einbindung von Berufsschulen als Kooperationspartner zur Verbesserung der Lernortkooperation zwischen KMU und Berufsschulen ist möglich.

Ziel ist eine stärkere Verzahnung und nachhaltige Verankerung dieser Projekte wie auch anderer Angebote auf Bundes- und Landesebene in neuen Bund-Länder-Vereinbarungen. Dies umfasst den Ausbau der Lernortkooperationen wie auch die individuelle Unterstützung von Jugendlichen auf dem Weg zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss. Bereits beschlossen ist der Ausbau der ehrenamtlichen Unterstützung von Jugendlichen durch die Initiative „Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen“ (VerA). Zudem soll eine stärkere Nutzung und Bewerbung der Assistenten Ausbildung befördert und die Berufseinstiegsbegleitung nach Ende des ESF-Bundesprogramms fortgesetzt werden.

Integration durch Ausbildung

Die berufliche Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund hat eine hohe gesellschaftspolitische Relevanz. Bund und Länder planen in der Initiative Bildungsketten eine Systematisierung der Angebotsvielfalt und den Transfer von guten Beispielen in die Regionen. Eine umfassende Beratungsstruktur bieten die drei landesweiten KAUSA Servicestellen in Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Thüringen: Als regionale Informations- und Koordinierungsstellen sollen sie die Beratung von Unternehmerinnen und Unternehmern, Jugendlichen und deren Eltern verbessern. In der Initiative Bildungsketten sollen künftig weitere landesweite Ansätze dieser Art unterstützt werden.

Berufliche Orientierung

Die Stärkung der beruflichen Bildung als Perspektive auch für Schülerinnen und Schüler an Gymnasien bildet einen neuen Schwerpunkt in der Initiative Bildungsketten. Hierfür sollen modellhafte Ansätze ausgebaut, neu entwickelt und erprobt werden. Das BMBF hat einen Förderaufruf zur beruflichen Orientierung an Gymnasien in der Sekundarstufe I gestartet. Ziel ist es, kurzfristig praktische Erfahrungen zu generieren, die für ein umfassendes Konzept für die berufliche Orientierung im gymnasialen Bereich genutzt werden können. Darüber hinaus entwickeln in den nächsten Jahren mehrere Bundesländer unter der Federführung von Nordrhein-Westfalen einen digitalen Berufswahlpass mit finanzieller Unterstützung des Bundes.

Über die Fortsetzung des erfolgreichen bildungspolitischen Prozesses in der Initiative Bildungsketten besteht Konsens, zuletzt bekräftigt im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Der Bund-Länder-Prozess bietet mit den länderspezifischen Bildungsketten-Vereinbarungen einen flexiblen Rahmen zum Aufbau und Ausbau von kohärenten Strukturen am Übergang.



Mehr Infos

- Dualisierte Ausbildungsvorbereitung (AVdual) in Hamburg
<http://bit.ly/AvDual>
- Flüchtlingsprojekte der Initiative Bildungsketten
http://bit.ly/BOP_Gefluechtete
- Regionale Unterstützungsstrukturen für Unternehmen
http://bit.ly/JS_EXAM

Den Übergangsbereich erfolgreich gestalten

SCHWERPUNKTTHEMA ÜBERGÄNGE IN AUSBILDUNG EVALUATION

Der Übergang von der Schule in den Beruf muss zum System werden – flexibel, anschlussfähig und praxisnah. Damit mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger den direkten Einstieg in eine Ausbildung schaffen, sollten Bund und Länder Strategien speziell für den Übergangsbereich entwickeln. Das zeigt eine Evaluation zu den Fördermaßnahmen in der Initiative Bildungsketten für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Für das Bildungsketten-Journal wird Baden-Württemberg als Praxisbeispiel vorgestellt. Das Land geht bei der Neugestaltung des Übergangsbereichs mit gutem Beispiel voran. Junge Menschen mit Förderbedarf werden dort individuell begleitet und verbringen vergleichsweise viel Zeit im Betriebspraktikum. Das erzeugt die gewünschten Klebeeffekte, die zu einem Ausbildungsplatz führen.

Der Übergangsbereich zeichnet sich durch sehr unterschiedliche regionale Strukturen aus. Dabei sind die meisten Länder konzeptionell weniger gut aufgestellt als in der beruflichen Orientierung. Nur eine von 15 in

der Evaluation untersuchten Regionen verfügt über ein übergreifendes, schriftliches Konzept zum Übergangsbereich. Etwa die Hälfte der Regionen sah dazu keine Notwendigkeit. Allerdings wurden Landesstrategien überwiegend positiv eingeschätzt, wenn regionale Anpassungen möglich waren.

Dazu Dr. Ingo Böhringer, Leiter Referat Innovationen in der beruflichen Bildung, Bundesministerium für Bildung und Forschung: „Ein wichtiges Ergebnis der Evaluation ist, dass die bisherigen systematischen Ansätze im Übergangsbereich nicht ausreichen. Hier besteht großes Potenzial für eine verstärkte Kooperation zwischen Bund, Ländern und der Bundesagentur für Arbeit. Der Bund wird die Länder in der Initiative Bildungsketten weiter darin unterstützen, Maßnahmen am Übergang von der Schule in den Beruf weiterzuentwickeln.“

Das Forscherteam analysierte den Einsatz und die Wechselwirkungen zentraler Förderinstrumente von Bund und Ländern am Übergang Schule – Beruf. 2017 befanden sich bundesweit 292.000 junge Menschen im Übergangsbereich. Sie haben die Möglichkeit, sich weiter beruflich zu orientieren und auf eine Ausbildung vorzubereiten. Eine weitere Option ist, den Schulabschluss nachzuholen oder die schulische Qualifikation zu verbessern.



Fallstudie zum Übergang Schule – Beruf in 15 Regionen

Die Evaluation der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss: Erfolgreiche Übergänge in die betriebliche Ausbildung“ erstellten das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) und das Zentrum für Evaluation und Politikberatung (ZEP). Für die qualitative Untersuchung führte das Forscherteam 15 regionale Fallstudien in Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Thüringen durch. Ziel war es, alle relevanten Akteurinnen und Akteure einer Region zu den Strukturen am Übergang Schule – Beruf zu befragen. Dazu wurden Leitfadeninterviews geführt. Rund 270 Bildungsakteurinnen und -akteure aus fünf Städten und zehn Landkreisen beteiligten sich an der Befragung, darunter die Kommune, die Arbeitsagentur, das Jobcenter, Kammern (IHK und HWK), Betriebe, Bildungsträger, allgemeinbildende sowie berufsbildende Schulen und Elternvertretungen. Die Studie lief von November 2016 bis Februar 2017. Den Auftrag gab die Servicestelle Bildungsketten im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).



Praxisbeispiele und Lösungsansätze

Wie sehen die regionalen Rahmenbedingungen aus? Welche Faktoren begünstigen einen direkten Übergang? Wo gibt es entsprechende Praxisbeispiele und Lösungsansätze? Diese Leitfragen beantworteten rund 270 Bildungsakteurinnen und -akteure (→ siehe Kasten S. 8).

Das Meinungsbild der Befragten zum Übergangsbereich bestätigt bereits bekannte Befunde in Bezug auf die Heterogenität regionaler Strukturen sowie eine große Bandbreite an Förderinstrumenten und die Intransparenz der Maßnahmen. Für die Mehrheit der befragten Bildungsfachleute ist es wichtig, dass die individuellen Voraussetzungen der Jugendlichen entscheidend für eine Förderung sind. Der Zugang hängt jedoch oft von anderen Faktoren ab.

Diese Faktoren beeinflussen den Zugang zu Maßnahmen des Übergangsbereichs

Schulpflicht

Die Auswahl der Maßnahmen wird stark bestimmt von der Schulpflicht der Teilnehmenden. In zwei untersuchten Bundesländern mit einer längeren Schulpflicht stehen für noch schulpflichtige Jugendliche zunächst nur die Angebote der berufsbildenden Schulen zur Verfügung.

„Für eine verstärkte Kooperation von Bund und Ländern besteht insbesondere im Übergangsbereich großes Potenzial.“

Dr. Ingo Böhringer, Referatsleiter
im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Angebotsportfolio in der Region

Der demografische Wandel führt dazu, dass die Angebote in den Regionen ausdünnen. Schulen wurden zusammengelegt oder geschlossen. Bildungsträger mussten ihr Portfolio wegen sinkender Teilnehmerzahlen verringern und bieten weniger Berufsfelder an. Dadurch verlängern sich die Anfahrtswege für die Jugendlichen in Flächenlandkreisen mit schwach ausgebautem öffentlichen Nahverkehr. Flächenlandkreise sind teilweise auf dezentrale Maßnahmen angewiesen, deshalb werden manche Instrumente häufiger eingesetzt als andere.

Einsatz der Angebote

Die Regionen setzen die Maßnahmen und Instrumente quantitativ sehr unterschiedlich ein. Auch innerhalb der einzelnen Länder unterscheidet sich die Verteilung. Instrumente wie der Berufswahlpass werden kaum für Zugänge und Anschlüsse genutzt. Es fehlt eine fundierte Datenbasis, auf deren Grundlage Entscheidungen für oder gegen bestimmte Instrumente getroffen werden.

Transparenz der Angebote

Es besteht kaum Transparenz über Angebotsstrukturen, vor allem für Jugendliche und Eltern, aber auch für Betriebe und Lehrkräfte. Die Meinungen reichen von „Dschungel“ über „Studium für sich“ bis hin zu einer nicht nachvollziehbaren Gesamtstruktur. Gründe hierfür sind die Vielzahl der Angebote, Angebotswechsel und unverständliche Abkürzungen. In den meisten Regionen stehen keine systematischen Informationen über die Übergangswege junger Menschen zur Verfügung. Hinzu kommt, dass keine Verknüpfung zwischen schulischen Maßnahmen zur Berufsorientierung und Förderinstrumenten des Übergangsbereichs stattfindet.

Positiv bewerteten die Bildungsakteurinnen und -akteure das Portfolio an Förderinstrumenten. Aus ihrer Sicht ist für alle Zielgruppen zumindest theoretisch das passende Instrument dabei. Angebotslücken bestehen lediglich bei psychisch kranken und schulmüden Jugendlichen. Die Maßnahmen mit der höchsten Zustimmung sind ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) und Einstiegsqualifizierung (EQ), die als betriebs- und praxisnah gelten. Eher kritisch beurteilten die Befragten die Assistierte Ausbildung (AsA), weil zum Beispiel die Vorteile für Betriebe im Vergleich zu abH nicht bekannt sind.

Steuerung von Fördermaßnahmen des Übergangsbereichs

In den Regionen besteht eine große Heterogenität, wie Fördermaßnahmen am Übergang Schule – Beruf gesteuert werden:



Bildungsmonitoring

Etwa ein Drittel der befragten Regionen verfügt über ein etabliertes Bildungsmonitoring zur Maßnahmenplanung, das auch den Übergangsbereich einbezieht. In den anderen Regionen wird es entweder gerade aufgebaut oder existiert nicht.

Strategien und Konzepte

Eine Landes- bzw. regionale Strategie für den Übergang Schule – Beruf beeinflusst die Angebotsseite, die Informationspolitik und die Koordinationsprozesse. Die Länderstrategien und -konzepte sind im Vergleich zur beruflichen Orientierung für den Übergangsbereich kaum entwickelt. Die Regionen befürworten transparente und klare Rahmensetzungen des Landes besonders dann, wenn sie Raum zur Gestaltung lassen. In der operativen Umsetzung vor Ort spielen die Landeskonzepte allerdings nicht überall eine Rolle.

Abstimmung und Koordination

Netzwerk- und Kooperationsstrukturen existieren in sehr unterschiedlicher Ausprägung und Intensität, gehen häufig aber nicht über Informationsnetzwerke hinaus. Die Studie identifiziert sogar Regionen ohne erkennbares Netzwerk. Nach Aussagen Befragter sind Ländervorgaben durchaus unterstützend und handlungsleitend für den Aufbau lokaler Netzwerke ebenso wie Modellprojekte oder -programme (z. B. Lernen vor Ort, Regionales Übergangsmanagement, Lernende Region). Teilweise schlafen gebildete Strukturen wieder ein, sobald die Förderung wegfällt.

Einfluss der Initiative Bildungsketten

Die Länder profitieren nach eigener Aussage von der Zusammenarbeit mit dem Bund und der Bundesagentur für Arbeit (BA) in der Initiative Bildungsketten. Der fachliche Austausch hat eine Reihe positiver Anstöße und Entwicklungen gegeben. Die Umsetzung der Bund-Länder-BA-Vereinbarungen schreitet gut voran (→ siehe auch S. 6). Nach Einschätzung der befragten Akteurinnen und Akteure hat die Kooperation zur Systematisierung und Verzahnung der beruflichen Orientierung geführt und erste Impulse für den Übergangsbereich durch Schärfung des Angebots und strukturiertere Vernetzung gegeben.



Regionen mit Strategien zum Übergang Schule – Beruf haben ähnliche Merkmale

Was machen Regionen mit einer Strategie für den Übergangsbereich anders als Regionen ohne Handlungskonzept? Ein zentraler Akteur kümmert sich um das Thema Übergang Schule – Beruf und koordiniert die Vernetzung. Ein Bildungsmonitoring ist bereits installiert oder befindet sich im Aufbau. Es werden systematisch Informationen zu den Angeboten im Übergangsbereich bereitgestellt. In Projekten zum Übergang Schule – Beruf wurden im Vorfeld verschiedene Ansätze erprobt und entwickelt, zum Beispiel die kontinuierliche individuelle Begleitung junger Menschen oder alternative Beschulungsformen für schulpflichtige Schulverweigerer. Die Akteurinnen und Akteure sitzen in einem funktionierenden Netzwerk, führen Fallbesprechungen durch und lösen auch vermeintlich schwierige Fälle.

Länder wünschen sich möglichst schlanken Übergangsbereich

Verbesserungsbedarf sehen die Befragten bei der Steuerung, Koordination und Maßnahmenplanung sowie beim Bildungsmonitoring. Die Länder wünschen sich einen „möglichst nahtlosen“ Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine berufliche Ausbildung.

Der Übergangsbereich sollte „möglichst schlank und konzentriert auf das Notwendige“ ausgerichtet sein und an die Bedarfe der jungen Menschen anknüpfen. Eine individuelle Begleitung während der Ausbildung und im schulischen Übergangsbereich hat eine hohe Bedeutung, um diese Ziele zu erreichen.

Das Land Baden-Württemberg berücksichtigt in seinem Modellversuch zur Neugestaltung des Übergangsbereichs bereits viele der beschriebenen Aspekte. Die 19-jährige Zeinab Breem aus Syrien fand über die Ausbildungsvorbereitung dual (AVdual) einen Ausbildungsplatz zur medizinischen Fachangestellten (→ siehe auch Praxisbeispiel S. 12).



Mehr Infos

- Abschlussbericht der Studie „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss: Erfolgreiche Übergänge in die betriebliche Ausbildung“ <https://bit.ly/2Psy9dO>
- Datenbank Schulische Bildungsgänge der Länder im Übergangsbereich <https://bit.ly/2UnFzy3>



Sprungbrett ins Berufsleben – die Ausbildungsvorbereitung dual

SCHWERPUNKTTHEMA ÜBERGÄNGE IN AUSBILDUNG PRAXIS

Zeinab Breem kam als Geflüchtete mit ihrer Familie im Juli 2015 aus Syrien nach Deutschland. In der Grafenbergschule in Schorndorf nahm sie am Bildungsgang Ausbildungsvorbereitung dual – kurz AVdual – teil. Sie legte den Hauptschulabschluss ab, absolvierte Betriebspraktika und erhielt einen Ausbildungsplatz zur medizinischen Fachangestellten. Ihr Beispiel zeigt: Das Land Baden-Württemberg sorgt mit seinem Modellversuch zur Neugestaltung des Übergangsbereichs für einen schnellen Übergang von der Schule ins Berufsleben und die gezielte Unterstützung von Jugendlichen mit Förderbedarf. AVdual ist ein zentraler Bestandteil.

Die junge Syrerin wusste ziemlich genau, was sie beruflich machen möchte. Eine Tätigkeit im medizinischen Bereich sollte es sein. Als sich ihre Schwester den Ellenbogen brach und Zeinab sie in die Orthopädische Chirurgie in Schorndorf brachte, ergriff sie die Chance: „Als ich da reinkam, dachte ich sofort – in so einer großen, schönen Praxis würde ich gerne arbeiten“, erinnert sich die 19-Jährige. Da sie an der beruflichen Schule im Bildungsgang AVdual ohnehin einen Schwerpunkt auf den Gesundheitsbereich legte und im November 2016 ein Praktikum benötigte, fragte sie einfach an Ort und Stelle nach.

„Als sich Zeinab damals nach dem Praktikum erkundigte, konnte sie nur sehr gebrochen Deutsch“, erzählt der Leiter der Praxis, Dr. Matthias Müller-Eißfeldt. „Aber ich fand ihren Mut und ihr Engagement so bemerkenswert, dass ich trotzdem sofort einwilligte.“

Das Gute an der AVdual-Klasse in der Grafenbergschule in Schorndorf war, dass Zeinab dort nicht nur sehr ausbildungsnah beschult wurde, sondern zudem die Möglichkeit hatte, nach ihrer VABO-Klasse – Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse – weiter intensiv Deutschunterricht zu erhalten. Außerdem besprach Zeinab mit ihrem damaligen Klassenlehrer und AVdual-Lernberater Norbert Hübsch jeden ihrer weiteren Schritte.



Zeinab Breem aus Syrien fand über die duale Ausbildungsvorbereitung eine Ausbildungsstelle in einer Arztpraxis.

So lernte sie weiter Deutsch. Nachdem ihr erstes Praktikum ebenfalls gut verlaufen war, ging Zeinab auch für ihr zweites Blockpraktikum in die Chirurgische Praxis. Sie war dort mittlerweile so beliebt, dass sie auch das in AVdual vorgesehene Tagespraktikum in der Praxis anhängte, um im engen Kontakt mit dem Betrieb zu bleiben. Ende 2016 freute sie sich über einen guten Hauptschulabschluss mit einer glatten Zwei.

So trat der für AVdual gewünschte Klebeeffekt bei Zeinab schließlich wirklich ein. Die Praxis bot ihr einen Ausbildungsplatz an, obwohl die dortige Auszubildendenstelle bereits vergeben war. „Wir haben für Zeinab eine zusätzliche Stelle geschaffen, weil sie es sich verdient hatte“, sagt ihr heutiger Chef Dr. Müller-Eißfeldt.

Übergangsbereich vereinheitlichen

Das Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg beschloss 2013 ein Eckpunktepapier, das eine tiefgreifende Reform des Übergangs von der Schule in den Beruf vorsah. Über ein Jahr lang hatten die Bündnispartner – Land, Kammern, Arbeitgeber, Gewerkschaften, die kommunalen Landesverbände und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit – gemeinsam das Konzept für den landesweiten Modellversuch entwickelt. Das Ziel: Mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger sollten den direkten Einstieg in Ausbildung und

Von der Schule in den Beruf: Schulleiter Stefan Weißert (r.) und AVdual-Fachgruppenleiter Norbert Hübsch sorgen an der Grafenbergschule in Schorndorf dafür, dass die Schülerinnen und Schüler in AVdual möglichst schnell in Ausbildung kommen. Ihre Schule ist von Anfang an bei dem landesweiten Modellversuch dabei.



Beruf schaffen und Jugendliche mit Förderbedarf sollten passgenau unterstützt werden. Dazu verständigten sich die Partner auf die fünf folgenden Bausteine, die in Modellregionen erprobt werden:



Systematische berufliche Orientierung: Die allgemeinbildenden Schulen sorgen auf Basis von Kompetenzanalysen dafür, dass die Schülerinnen und Schüler ein Bewusstsein für die eigenen beruflichen Neigungen und Fähigkeiten entwickeln. Durch die Einführung der Leitperspektive Berufliche Orientierung, des neuen Schulfachs Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung und einer neuen Verwaltungsvorschrift wird die berufliche Orientierung erheblich verstärkt.



Ausbildungsvorbereitung dual (AVdual): Der neue ganztagschulische, einjährige Bildungsgang an beruflichen Schulen richtet sich an junge Menschen mit Förderbedarf (mit oder ohne Hauptschulabschluss), die nach der allgemeinbildenden Schule Unterstützung auf dem Weg in eine Berufsausbildung brauchen. Durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg werden AVdual-Begleitungen gefördert, die die Jugendlichen unterstützen.



Berufsqualifizierung dual (BQdual): Diejenigen Jugendlichen, die bereits beruflich orientiert sind, aber trotz mehrfacher Bewerbungen keine Ausbildungsstelle gefunden haben, können ein ganztägi-



ges Angebot an beruflichen Schulen für das erste Jahr einer Berufsausbildung erhalten. Ziel ist dabei immer die schnellstmögliche Integration in eine reguläre betriebliche Ausbildung.



Regionales Übergangsmanagement (RÜM): Die Stadt- und Landkreise der Modellregionen richten ein RÜM ein und setzen das Landesvorhaben um. Sie vernetzen die relevanten Akteurinnen und Akteure des Übergangsbereichs, wie Schulträger, allgemeinbildende und berufliche Schulen, Arbeitsagentur, Jobcenter, Wirtschaft und Gewerkschaften, zu einer engen Zusammenarbeit. Die Abstimmung der Akteurinnen und Akteure vor Ort erfolgt in einer regionalen Steuerungsgruppe. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau fördert Stellen für Koordinatorinnen und Koordinatoren im RÜM.

Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit: Kommunen, Jobcenter, Agenturen für Arbeit sowie Träger der Jugendhilfe stimmen ihre Leistungen nach Sozialgesetzbuch II, III und VIII für Jugendliche aufeinander ab. In jeder Modellregion gewährleistet ein Arbeitsbündnis Jugend und Beruf das Zusammenspiel der Institutionen.

Im Schuljahr 2014/2015 starteten die ersten vier Modellregionen mit der Erprobung, ganz vorne mit dabei der Rems-Murr-Kreis, zu dem die Stadt Schorndorf mit der Grafenbergschule gehört, in der Zeinab ihren Abschluss machte. Seitdem hat das Ministerium für Wirtschaft,

„Wir haben für Zeinab eine zusätzliche Stelle geschaffen, weil sie es sich verdient hatte.“

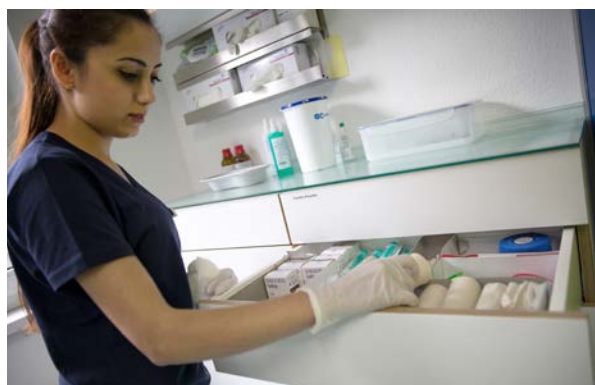
Dr. Matthias Müller-Eißfeldt,
Orthopädie Chirurgie Schorndorf

Durch Praktika lernte Zeinab Breem früh die betriebliche Realität kennen. Die junge Frau machte schnell Fortschritte. Mit AVdual festigte sich ihr Wunsch, eine Tätigkeit im medizinischen Bereich auszuüben.



Arbeit und Wohnungsbau als Mittelgeber das Projekt kontinuierlich ausgeweitet. Seit dem Schuljahr 2018/2019 beteiligen sich 20 Regionen; damit sitzt fast die Hälfte der 44 Land- bzw. Stadtkreise bereits im Boot, weitere sollen folgen.

Der Handlungsbedarf ist groß. In Baden-Württemberg münden viele Jugendliche in den Übergangsbereich ein. Im Jahr 2016 begannen rund 54.000 Schulabsolventinnen und Schulabsolventen nach der allgemeinbildenden Schule eine Maßnahme im Übergangsbereich, darunter auch zahlreiche junge Geflüchtete. Viele Be-



triebe suchen dringend nach Fachkräften. Der Modellversuch soll zunehmend auch junge Menschen mit Förderbedarf in eine Berufsausbildung bringen. Der Bildungsgang Ausbildungsvorbereitung dual, den Zeinab Breem erfolgreich durchlaufen hat, spielt dabei eine wichtige Rolle.

Neue Form der Pädagogik eingeführt

Für Schulleiter Stefan Weißert von der Grafenbergsschule in Schorndorf bedeutete die modellhafte Einführung von AVdual, dass seine Lehrerinnen und Lehrer seit dem Schuljahr 2014/2015 differenziert auf drei Bildungsniveaus unterrichten. Denn die bisherigen Bildungsgänge Berufsvorbereitungsjahr (BVJ bzw. VAB), das Berufseinstiegsjahr (BEJ) und das erste Jahr der zweijährigen Berufsfachschule (2BFS) werden nun in AVdual zusammengefasst. Die niveaudifferenzierten Lernangebote ermöglichen auch während des Schuljahres eine bedarfsgerechte Korrektur des Bildungszieles. Niveau A entspricht einem Hauptschulabschluss, Niveau B einem besseren Hauptschulabschluss und auf Niveau C wird der mittlere Bildungsabschluss angestrebt. Dieser Bildungsauftrag, das so genannte niveaudifferenzierte und individualisierte Lernen, ist für Weißert ein wichtiger Ansatz von AVdual, um heterogene Zielgruppen im Übergangsbereich adäquat zu begleiten.

„Die Umstellung auf den Modellversuch erfordert eine prozessual angelegte Fortbildung der Schulleitung und der Lehrkräfte“, so Tanja Rieger. Sie koordiniert die



Engmaschige Förderung: Lernberater wie Norbert Hübsch unterstützen die Schülerinnen und Schüler am Übergang Schule – Beruf. Eine rasche Vermittlung in Ausbildung ist das Ziel. Zeinab Breem schildert ihre Eindrücke aus den Betriebspraktika.



Konzeption des Bildungsgangs AVdual und das dazugehörige umfangreiche Unterstützungssystem im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Die Schulteams werden in drei bis fünf Tagen auf die Pädagogik der AVdual vorbereitet: individualisiertes Lernen, um eine Durchlässigkeit in den Bildungszielen zu ermöglichen, sowie enge Lernberatung mit regelmäßigen Lern- und Zielvereinbarungen. Das Kultusministerium finanziert in der Einführungsphase über drei Jahre die Fortbildung.

Die Grafenbergschule hat 2.770 Schülerinnen und Schüler, davon 2.100 in der dualen Ausbildung und rund 100 in AVdual. Mittlerweile schaffen es 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler an der Grafenbergschule in AVdual, mindestens ihren Hauptschulabschluss zu machen. Darüber ist Weißert besonders glücklich, zumal auch der Anteil zugewanderter Schülerinnen und Schüler an seiner Schule gestiegen ist. „Wir haben eine große Bandbreite an Schülern. Da sind junge Menschen, die haben eine Schule noch nie von innen gesehen, bis zu denjenigen, die bereits ein Studium in Syrien angefangen hatten. Das ist eine der großen Herausforderungen, denen allen gerecht zu werden“, erklärt Weißert.

Jugendliche früh mit betrieblicher Realität in Kontakt bringen

Zentraler Ansatz von AVdual ist, die Jugendlichen möglichst rasch in Ausbildung zu vermitteln. Zu Beginn des Schuljahres werden in einer Orientierungsphase alle Optionen für die Jugendlichen geprüft, auch eine direkte Nachvermittlung in Ausbildung kann so gelingen. Durch umfangreiche Praxisphasen in Betrieben während des Schuljahres sollen die jungen Menschen von Anfang an die betriebliche Realität kennenlernen. AVdual kombiniert den Unterricht der beruflichen Schule mit einem bis zu zehnwöchigen Betriebspraktikum. Am Ende der Zeit sollen Schülerinnen und Schüler und Betriebe ein-

ander so nahegekommen sein, dass die Jugendlichen sich für einen Ausbildungsvertrag empfohlen haben – wie im Fall von Zeinab Breem.

Die Aufnahme in AVdual läuft in der Grafenbergschule folgendermaßen ab: „Im Februar kommen die Schüler mit ihren Eltern zur Anmeldung zu uns“, erklärt AVdual-Fachgruppenleiter Norbert Hübsch. In dem etwa 20-minütigen Aufnahmegespräch wird das Zeugnis des Jugendlichen besprochen, die berufliche Vorstellung abgeklärt und der Unterstützungsbedarf ermittelt, den ein junger Mensch hat, um den benötigten Praktikumsplatz zu organisieren.

„Dabei mache ich sehr deutlich, dass es sich hier um kein Schnupperpraktikum mehr handelt, sondern um ein Bewerberpraktikum“, sagt Hübsch, der den Jugendlichen den Ernst ihrer Entscheidung veranschaulichen möchte. „Es muss an diesem Punkt klar sein, wohin die Reise gehen soll und welchen Beruf der Schüler oder die Schülerin anstrebt. Daraus ergibt sich natürlich auch, welcher Praktikumsbetrieb am besten zu den Vorstellungen passt.“

AVdual-Begleiterinnen und -Begleiter unterstützen die Jugendlichen

Weiteres Element von AVdual ist eine engmaschige Förderung: Damit das Betriebspraktikum seine Vorteile ausspielen kann, werden die Schülerinnen und Schüler durch AVdual-Begleiterinnen und -Begleiter betreut. An der Grafenbergschule kümmern sich Patrick Dahm und Monja Kircher um die 100 AVdual-Schülerinnen und -Schüler. Die AVdual-Begleiterinnen und -Begleiter arbeiten in der Regel – wie auch an der Grafenbergschule – in einem interdisziplinären Team (AVdual-Team). Sie stimmen sich eng mit den Lehrkräften ab, ebenso mit den Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern und den

Fachkräften der Berufsberatung und den Akteurinnen und Akteuren im Regionalen Übergangsmanagement. Angestellt sind die AVdual-Begleiterinnen und -Begleiter bei den Stadt- und Landkreisen. Finanziell gefördert wird die AVdual-Begleitung aus Mitteln des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau; eine Kofinanzierung des regionalen Anteils aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ist möglich. Der Betreuungsschlüssel liegt bei etwa zwei Klassen pro AVdual-Begleiterin und -Begleiter.

AVdual-Begleiterinnen und -Begleiter unterstützen die Jugendlichen mit Förderbedarf dabei, Betriebspraktika zu akquirieren, diese vorzubereiten, durchzuführen und die vielfältigen Eindrücke systematisch zu reflektieren. Anschließend helfen sie, die Schülerinnen und Schüler in eine Ausbildung zu vermitteln. „Im laufenden Schuljahr sind die Lehrkraft und die AVdual-Begleitung permanent nahe am Schüler dran“, so Schulleiter Weißert.

Regionales Übergangsmanagement sorgt für klare Absprachen

Für den Rems-Murr-Kreis hält Dorothé Herz die Fäden zusammen. Sie ist im Landratsamt als Projektleiterin des RÜM beschäftigt und begleitet den Modellversuch

von Beginn an. Für das Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg war es sehr wichtig, dass die Stadt- und Landkreise eine regionale Verantwortungsgemeinschaft bilden und alle Beteiligten an einen Tisch holen. Dazu gibt es in jeder Modellregion eine regionale Steuerungsgruppe, in der die zuständigen Abteilungen der Land- bzw. Stadtkreisverwaltung, die beteiligten Schulen, die staatliche Schulverwaltung sowie Kammern, Arbeitgeber, Gewerkschaften und die Bundesagentur für Arbeit Mitglieder sind. Die Mitarbeitenden des regionalen Übergangsmanagements unterstützen den Austausch zwischen den Akteuren, fördern die Vernetzung und koordinieren die Arbeitsschritte zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes.

„Ich habe den Eindruck, dass man auf vieles zurückgreifen kann, weil die Türen offen sind.“

Dorothé Herz, Projektleiterin Regionales Übergangsmanagement, Rems-Murr-Kreis



Die Stadt- und Landkreise haben im Modellversuch zur Neugestaltung des Übergangsbereichs eine wichtige Funktion. Sie sorgen vor Ort dafür, dass alle Beteiligten den Überblick behalten.

„Zur besseren Akquise von Praktikumsstellen haben wir eine Kooperation mit der IHK gegründet. Das bedeutet, dass wir den rund 400 Schülerinnen und Schülern der am Modellversuch in unserem Landkreis beteiligten beruflichen Schulen heute eine Datenbank von über 800 Praktikumsplätzen anbieten können“, erläutert Herz.

Neben der Bereitstellung von Praktika unterstützt das RÜM bei der Nachvermittlung in Ausbildung zu Beginn des Schuljahres und während der Orientierungsphase im Bildungsgang AVdual. Es hilft mit, das Übergabeverfahren von der allgemeinbildenden Schule an die berufliche Schule weiterzuentwickeln. Es treibt den systematischen Ausbau von Maßnahmen der beruflichen Orientierung voran, wobei auch die Eltern einbezogen werden. Oft gilt es auch, Unterstützungsangebote für Jugendliche in der Region zu koordinieren, so Herz. Hierbei sollen transparente Strukturen und klare Absprachen erreicht werden.

Für all diese Aufgaben hält das RÜM engen Kontakt zu den beteiligten Institutionen und entwickelt bestehende Netzwerke weiter. Im Rems-Murr-Kreis kann Herz auf bereits eingespielte Strukturen zurückgreifen. So gab es zuvor schon das Vorgängerprogramm „Lernen vor Ort“ (2009–2014) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), das den Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements zum Ziel hatte.

„Ich habe den Eindruck, dass man auf vieles zurückgreifen kann, weil die Türen offen sind. Man kann einfach bei der Agentur anrufen, beim Jobcenter, beim staatlichen Schulamt. Wir sind alle eng miteinander verzahnt“, so Herz.

Arbeitgeberverband: Qualitätssicherung bei Übergangspraxis nötig

Stefan Küpper, Geschäftsführer der Arbeitgeber Baden-Württemberg und des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall, stellt signifikante Unterschiede fest, wenn es um den direkten Übergang von der Schule in den Beruf geht. Es gebe Schulen, die sehr viele Kontakte zu den Betrieben pflegten, während andere Schulen das weniger tun. „Aus unserer Wahrnehmung hat das sehr stark damit zu tun, wie fokussiert eine Schule ihre Netzwerke mit außerschulischen Partnern pflegt.“

Für Küpper ist es daher wichtig, dass die Schulen das Thema nachhaltig in den Berufsorientierungsprozess verankern. Und er findet es ratsam, dass die Berufsorientierungs- und Übergangspraxis in den Schulen einem qualitätsgesicherten Prozess unterzogen wird. „Schulen müssen sich klar zum Ziel bekennen, dass sie sich für den Übergang in Ausbildung und Beruf verantwortlich fühlen – als Teil ihres umfassenden Bildungsauftrags“, meint der Arbeitgeber-Geschäftsführer. „Wir versuchen in unseren Netzwerken SCHULEWIRTSCHAFT daher auch, gemeinsam mit den Schulen an den Themen Schulentwicklung und Qualitätsentwicklung zu arbeiten.“ Unterm Strich lobt Küpper das gut funktionierende Ausbildungsbündnis in Baden-Württemberg, in dem sich alle Partner gemeinsam darauf verständigen, was jeder in seinem Verantwortungsbereich dafür tun kann, um die Anliegen voranzubringen. Die Aufgabe des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall sieht Küpper beispielsweise darin, dank seiner regionalen Struktur den direkten Austausch mit den Personalverantwortlichen der Betriebe zu pflegen.

Erste Bilanz: AVdual zeigt Erfolge

Was hat sich konkret durch den reformierten Übergangsbereich verbessert? Die Übergangsquote in Ausbildung beträgt in AVdual als einjährigem Bildungsgang rund 38 Prozent. Gegenüber den bisherigen berufsvorbereitenden Bildungsgängen eine deutliche Verbesserung. Dies geht aus den begleitenden Monitoringmaßnahmen im Modellversuch hervor. Durch das Betriebspraktikum tritt zudem der gewünschte Klebeeffekt, die Vermittlung in Ausbildung, ein. 73 Prozent der Teilnehmenden, die einen Ausbildungsvertrag abschließen, kennen den Betrieb bereits aus ihrem AVdual-Praktikum. „Das ist ein wesentlicher Erfolg, der durch die gezielten und gut vorbereiteten Praxisphasen erreicht werden konnte“, sagt Rose Köpf-Schuler, Referatsleiterin Berufliche Ausbildung im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg.

Zudem werde von allen Seiten der Einsatz der AVdual-Begleitungen gelobt: Die laufenden Kontakte zu den Betrieben, die direkte Verzahnung mit dem Team der Lehrkräfte an den Schulen und die enge Begleitung der Jugendlichen seien wichtige Pluspunkte.



Initiative Ausbildungsbotschafter und Bildungspartnerschaften

Baden-Württemberg beschreitet neben der modellhaften Erprobung der Neugestaltung des Übergangsbereichs neue Wege, um Jugendlichen in puncto Berufsorientierung und beim Übergang entgegenzukommen. Zum Beispiel mithilfe von so genannten Ausbildungsbotschafterinnen und -botschaftern: Das sind Auszubildende, die fast gleichaltrigen Schülerinnen und Schülern aus ihrem Ausbildungsalltag berichten. Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) und der Handwerkstag (BWHT) unterstützen die Initiative. „Junge Auszubildende sind als Multiplikatoren besonders gut dafür geeignet, weil sie die verschiedenen Berufsbilder viel authentischer vermitteln können als die Beraterinnen und Berater bei den Kammern oder der Arbeitsagentur“, so Andrea Bosch, Geschäftsführerin Beruf und Qualifikation bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart.

Die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg finanzierte Initiative mit mehr als 4.300 Ausbildungsbotschaftern wird von einer Leitstelle koordiniert und von 25 Koordinatorinnen und Koordinatoren in den Kammern umgesetzt. Diese akquirieren nicht nur die Botschafterinnen und Botschafter, sondern sorgen auch dafür, dass diese mit einer Schulung auf ihre Einsätze vorbereitet werden. Die Initiative wurde durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Wettbewerb „Innovatives Netzwerk 2018“ als eines der fünf besten regionalen Fachkräftenetzwerke Deutschlands ausgezeichnet.

BWIHK und BWHT verfolgen mit den Bildungspartnerschaften einen weiteren Weg: Eine Schule hat dabei einen Partnerbetrieb, der regelmäßig an der Schule Veranstaltungen oder Projekte anbietet oder in das Unternehmen einlädt. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern Einblicke in Arbeitswelt und Unternehmensalltag zu geben sowie die Vielfalt der Ausbildungsberufe und Alternativen zum Hochschulstudium aufzuzeigen. Aufgabe von BWIHK und BWHT ist, die Betriebe für Bildungspartnerschaften zu gewinnen und damit den Grundstein für eine enge, jahrelange Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft zu legen. „So können wir durch die Bildungspartnerschaften und die Ausbildungsbotschafter schon in den Schulen wichtige Einblicke in die Berufswelt bieten“, erklärt Bosch.

Die erste Vereinbarung des Landes Baden-Württemberg mit Kammern und Verbänden der Wirtschaft zur Einrichtung von Bildungspartnerschaften wurde 2008 unterzeichnet und 2012 erneuert. Inzwischen haben rund 1.600 allgemeinbildende weiterführende Schulen eine Bildungspartnerschaft mit einem Unternehmen in ihrer Region abgeschlossen. Viele Schulen haben mehrere – einzelne bis zu 20 – Unternehmenspartner, mit denen sie auf fester vertraglicher Basis zusammenarbeiten. Insgesamt sind etwa 3.800 Unternehmen direkt an Kooperationen beteiligt.

Claudia Prusik, Bereichsleiterin Berufseinstieg der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, erkennt aber auch einen Zielkonflikt, der bei der Beschulung von Jugendlichen mit unterschiedlichen (Bildungs-)Zielen entsteht. Und zwar dort, wo der zweijährige Berufsfachschulzweig, der den Jugendlichen den Weg zum mittleren Bildungsabschluss ermöglicht, in AVdual einbezogen wird: „Einerseits gibt es Schüler, die einen höheren Schulabschluss anstreben, und gleichzeitig Schüler, die möglichst direkt in Ausbildung übergehen sollen.“ Dies gehe einher mit einem sehr niedrigen Praktikumsanteil bis hin zum wirklich dualen Ansatz – der eigentlich gedachten Form von AVdual. Wie erfolgreich dieser Ansatz sei, müsse für eine weitergehende Bewertung genau betrachtet werden.

Zum Schuljahr 2016/17 führte das Land Baden-Württemberg eine Verbleibserhebung an allgemeinbildenden Schulen der Modellregionen ein. Somit liegen für diese Regionen erstmals valide Daten darüber vor, welchen beruflichen Weg die Schülerinnen und Schüler

mit Hauptschulabschluss und mittlerem Bildungsabschluss nach der Schule einschlagen. „Wir verfolgen unsere Ziele konsequent weiter – neben der gezielten Unterstützung förderbedürftiger Jugendlicher muss auch der direkte Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung weiter gestärkt werden“, so Rose Köpf-Schuler. Die Daten der Verbleibserhebung böten die Chance, in den Modellregionen Entwicklungsprozesse anzustoßen, damit mehr Jugendliche als bisher den direkten Weg in eine Berufsausbildung finden.

Die Wirtschaft als Partner des Ausbildungsbündnisses Baden-Württemberg begrüßt den Modellversuch. „Das Handwerk sucht händeringend nach Auszubildenden. Wir sehen es positiv, wenn das Ziel verfolgt wird, den direkten Übergang in duale Ausbildung zu erreichen“, sagt Olaf Kierstein-Hartmann, Abteilungsleiter Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik beim Baden-Württembergischen Handwerkstag (BWHT). „Daneben kommt der Verbesserung des Übergangsbereiches aus unserer Sicht eine große Bedeutung zu. Positive Änderungen

„Jugendliche möchten Berufe, die ihnen Spaß machen.“

können durch umfangreiche Praxisanteile im Betrieb erreicht werden.“ Praktika müssten jedoch zu den Jugendlichen passen, daher sollten die Kompetenzen und Interessen der Jugendlichen schon bei der Planung berücksichtigt werden. Die gezielte und passgenaue Vorbereitung und die Begleitung der Jugendlichen im Praktikum durch die AVdual-Begleiterinnen und -Begleiter sei daher sehr wichtig. Kierstein-Hartmann sieht auch die Chancen für die Betriebe: „Es ist im ureigenen Interesse der Nachwuchskräftegewinnung, sich bei der Förderung der Jugendlichen zu engagieren.“

Ausblick: Dynamische Entwicklung des Modellversuches

Was sind die nächsten Schritte? Der Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg hat zum Ziel, die Modellregionen zur Neugestaltung des Übergangsbereichs auszuweiten. Mit dem Schuljahr 2018/2019 stieg die Zahl der Modellregionen von 15 auf 20, in weiteren Stadt- und Landkreisen besteht bei Schulen und Schulträgern großes Interesse am Modellversuch. Die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen wird weiter gestärkt und regionale Maßnahmen zur Verbesserung des direkten Übergangs von der Schule in Ausbildung werden vorangetrieben. Zudem wollen die Ministerien für Kultus, Jugend und Sport sowie Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau prüfen, ob AVdual als Regelinstrument eingeführt wird – damit mehr jungen Menschen mit Förderbedarf, so wie Zeinab Breem, der Übergang ins Berufsleben gelingt.

SCHWERPUNKTTHEMA ÜBERGÄNGE IN AUSBILDUNG INTERVIEW

Gutes Arbeitsklima, Zukunftsperspektive, soziale Anerkennung: Das wünschen sich Jugendliche von einer Ausbildung. Betriebe können aus eigener Kraft viel dafür tun, damit sie attraktiv erscheinen. Tipps von Bildungsforscher Dr. Joachim Gerd Ulrich.



Vieles passt noch nicht zusammen, wenn Jugendliche und Betriebe aufeinandertreffen. Wer keine Ausbildungsstelle erhält, bereitet sich im so genannten Übergangsbereich zwischen Schule und Beruf auf eine Ausbildung vor. Dabei sollte entsprechend den Neigungen, Berufswünschen und Kenntnissen der Jugendlichen darüber entschieden werden, welche Fördermaßnahme am besten passt, um einen schnellen Übergang zu ermöglichen. Das ist jedoch nicht immer der Fall. Häufig bestimmen das Angebotsspektrum in einer Region und die räumliche Erreichbarkeit, ob und wie Jugendliche Unterstützung erhalten. Das zeigen die Ergebnisse einer neuen Evaluation zum Übergang Schule – Beruf, beauftragt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Initiative Bildungsketten (→ siehe auch S. 8).

Dr. Joachim Gerd Ulrich ist Forscher im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und hat an zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen zum Übergang Schule – Beruf mitgewirkt. Im Interview erklärt Ulrich, wie Jugendliche bei der Berufswahl „ticken“ und warum es so schwierig ist, den Übergangsbereich erfolgreich zu gestalten.

? *Baden-Württemberg ist dabei, den Übergang von der Schule in den Beruf in einem Modellversuch neu zu strukturieren. Was halten Sie von Maßnahmen wie der dualen Ausbildungsvorbereitung (AVdual) und dualen Berufsqualifizierung (BQdual)?*

Dr. Joachim Gerd Ulrich: In Baden-Württemberg steigt die Zahl der von den Betrieben kaum noch zu besetzenden Ausbildungsstellen immer rasanter, und dies gerade in den Berufen, die verstärkt auch schulisch Schwächeren offenstehen. In dieser Situation Berufsvorbereitung



Mehr Infos

- Neugestaltung des Übergangs Schule – Beruf Baden-Württemberg www.uebergangschuleberuf-bw.de
- Initiative Ausbildungsbotschafter www.gut-ausgebildet.de
- Bildungspartnerschaften www.bildungspartner-bw.de
- Bund-Länder-BA-Vereinbarung Baden-Württemberg zur Initiative Bildungsketten <http://bit.ly/BLBVBW>



„Wer sich für die Bewerbung in einem bestimmten Beruf entscheidet, sollte die Marktlage vor Ort einschätzen können. Viel zu wenig Jugendlichen ist das bewusst.“

nicht zu dualisieren, hieße, die gerade jetzt entstehenden Chancen auf Klebeeffekte nicht zu nutzen. Und dass man ein schulisches vollqualifizierendes Angebot für Jugendliche macht, die wir für ausbildungsreif halten, für die jedoch kein betrieblicher Ausbildungsplatz zur Verfügung steht, ist ebenfalls richtig.

? *In Baden-Württemberg gibt es eine enge Verflechtung zwischen Wirtschaft und Schulen. Ist diese Ihrer Meinung nach förderlich für eine bessere Vermittlung in Ausbildung?*

Wenn wir 35 bis 40 Jahre unseres Lebens in Betrieben, Praxen, Verwaltungen und sonstigen Organisationen verbringen und wenn die Schule auf das Leben vorbereiten soll, ist es grundsätzlich gut und wichtig, dass die Kinder in der Schule mit dieser Lebenswirklichkeit in Berührung geraten. Dies gilt gerade auch für die Gymnasien. Und wenn aus den Verbindungen zwischen der Wirtschaft und der Schule Gelegenheiten für ausbildungsinteressierte Jugendliche erwachsen, ist auch dies von Nutzen. Ein mögliches, aber auch lösbares Problem sehe ich eher darin, dass im Zuge der veränderten Marktlagen Betriebe versucht sein könnten, ihre Kontakte zu den Schulen als Wettbewerbsvorteil bei der Nachwuchsrekrutierung gegenüber anderen Betrieben wahrzunehmen – und somit möglichst exklusiv zu gestalten.

? *Warum ist es so schwer, die Übergänge von Schule in Beruf erfolgreich zu gestalten?*

Die Zahl und Art der bereitgestellten Ausbildungsplätze richtet sich nicht primär am Bedarf der Jugendlichen aus, sondern wird vom Bedarf der Betriebe bestimmt. Auch wenn die Betriebe auf dem Ausbildungsmarkt Ausbildungsplatzanbieter genannt werden, sind sie faktisch nicht die Anbieter, sondern die Nachfrager, also

jene, die aus welchen Gründen auch immer Bedarf an Fachkräftenachwuchs äußern und dafür auch zu zahlen bereit sind. Somit hängt es stark von der wirtschaftlichen Leistungskraft einer Region ab, wie viele Ausbildungsplätze vor Ort letztlich zur Verfügung stehen.

? *Was bedeutet das für die Jugendlichen?*

Die Jugendlichen sind diejenigen, die sich als künftige Auszubildende bei den Betrieben anbieten, und darauf achten müssen, dass sie dem Bedarf der Betriebe in einem Mindestmaß entsprechen. Dabei stehen sie im Wettbewerb mit anderen Jugendlichen, und sind die Bewerberschlangen lang, ist auch ein Scheitern nicht ausgeschlossen. Die Gefahr zu scheitern, ist also gerade in den besonders beliebten Berufen groß. Letztlich wird bei der dualen Berufsausbildung die so genannte „zweite Schwelle“, also der Übergang in die Arbeitswelt, schon mit dem Eintritt in die Berufsausbildung vorweggenommen. In der Hochschulausbildung läuft das anders. Dort werden öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze bereitgestellt, und die Zahl der Plätze wird relativ flexibel an den Bedarf der Studieninteressierten angepasst. Aber es gibt dafür auch in einigen Fächern beträchtliche Probleme, nach dem Studium einen ausbildungsgerechten Arbeitsplatz zu finden.

? *Während sich weiterhin viele Jugendliche erfolglos bewerben, wächst auch die Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen. Was sind die Ursachen?*

In den vergangenen Jahren ist als Folge der demografischen Entwicklung und des Drangs zum Abitur und zur Fachhochschulreife nicht nur die Zahl der Ausbildungsinteressierten insgesamt deutlich gesunken. Es hat sich auch die schulische Vorbildung der ausbildungsinteressierten Jugendlichen stark verändert. Standen 2009 bundesweit noch rund 268.000 Ausbildungsinteressierte



mit Hauptschulabschluss 176.000 Ausbildungsinteressierten mit Studienberechtigung gegenüber, gibt es heute mehr Studienberechtigte unter den Ausbildungsinteressierten als Personen mit Hauptschulabschluss. Und die Verschiebungen sind gewaltig. Nach ersten Schätzungen gab es 2018 bereits 240.000 Studienberechtigte unter den Ausbildungsinteressierten, aber nur noch 203.000 Personen mit Hauptschulabschluss. Daher die stark steigende Zahl unbesetzter Plätze gerade in den vermeintlich typischen Hauptschülerberufen.

? Welche Mittel gibt es gegen die Matching-Problematik?

Das Berufswahlspektrum der Studienberechtigten ist weiterhin relativ stark eingeschränkt. Da sich ihr Anteil an den Ausbildungsinteressierten aber erhöht hat, schrumpft im Verhältnis der Anteil der Interessenten an typischen Hauptschülerberufen, während der Andrang in abituriententypischen Berufen so groß ist, dass inzwischen auch viele Studienberechtigte am Ende des Jahres zu den unversorgten Ausbildungsstellenbewerbern zählen. Wir müssen also, um die Zahl der unbesetzten Plätze zu verringern, Berufe für Jugendliche mit höheren Schulabschlüssen interessanter machen. Da passiert zurzeit recht viel, gerade auch das Handwerk zeigt sich hier sehr kreativ.

? Wie „ticken“ Jugendliche und wie kann man sie für eine Ausbildung motivieren?

Jugendliche möchten Berufe, die ihnen Spaß machen, aber vor allem auch solche, die ihnen ein Leben unter akzeptablen Rahmenbedingungen ermöglichen und sie in ihrer sozialen Identität stärken. Gerade der letzte Punkt ist für sie besonders wichtig, und hier hat ihr soziales Umfeld großen Einfluss darauf, welcher Beruf als passend oder nicht passend erscheint. Berufswahl ist in vielen Fällen nicht eben nur Berufswahl von vermeintlich autonom entscheidenden Jugendlichen, sondern

die von Eltern gut geheißene Berufswahl ihrer Kinder. Wollen wir Jugendliche bei ihrer Berufswahl unterstützen, geht es somit nicht nur um das, was die Jugendlichen „können“ könnten und was den Jugendlichen Spaß machen könnte. Es geht auch darum, dass auch die „soziale Passung“ der Berufe aus Sicht der Jugendlichen und ihres Umfeldes stimmt.

? Was empfehlen Sie Betrieben, die besonders unter Nachwuchsschwund leiden?

Jugendliche wählen im Rahmen ihrer Berufswahl nicht nur Berufe, sondern stets auch Betriebe mit aus. Sie wissen, dass die Ausbildungsbedingungen von einem Betrieb zum anderen variieren können. Betriebe, die unter Nachwuchsschwund leiden, können somit versuchen, gerade bei jenen Bedingungen besonders zu punkten, die den Jugendlichen besonders wichtig sind. Dies sind zuvorderst ein gutes Betriebsklima und das Gefühl, von einem Betrieb ausgebildet zu werden, der die Ausbildung als Investition in eine qualifizierte künftige Mitarbeiterschaft betrachtet, der also gute Zukunftsperspektiven über die Ausbildung hinaus anbietet. Wenn es Betriebe schaffen, in dieser Hinsicht ein gutes Image aufzubauen, ist sehr viel gewonnen, gerade auch in jenen Berufen, in denen die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen eher begrenzt ist.

? Wie kann das Ansehen von Berufen verbessert werden, damit Jugendliche sie erstrebenswert finden?

Zum einen können die Betriebe ihren Teil dazu leisten, dass sie Ausbildungsbedingungen in diesen Berufen bieten, die nicht schlechter sind als in den anderen Berufen. Zum anderen sind wir alle gefordert. Denn das Ansehen von Berufen hat nicht nur mit den Arbeitsbedingungen zu tun, sondern auch mit unseren Vorstellungen, welche Eigenschaften eines Berufsinhabers besonderen Respekt verdienen. Und hier wird es kompliziert: Denn wenn wir gefragt werden, ob wir Müll-



männern, die unseren Dreck wegräumen, oder Bäckern, die uns schon in der Frühe mit Brötchen bedienen, mit großem Respekt begegnen, wird wohl jeder von uns uneingeschränkt „ja“ sagen. Wenn wir aber Jugendliche fragen, was sie glauben, wie wir über die Menschen in diesen Berufen denken, fallen die Antworten völlig anders aus. Aus ihrer Sicht lässt sich mit diesen Berufen nicht viel Anerkennung gewinnen, denn in Wirklichkeit zollen wir nur jenen Berufen besonderen Respekt, deren Berufsinhaber wir als besonders gebildet und einkommensstark erachten.

Wie kann der gesellschaftliche Stellenwert der beruflichen Bildung erhöht werden?

Zunächst halte ich es für unabdingbar, insgesamt mehr zu tun, um den Stellenwert der beruflichen Bildung gegenüber der akademischen Bildung zu erhöhen. Ich halte die Forderung von Julian Nida-Rümelin für richtig, dass endlich auch im Unterricht der Gymnasien die Förderung von gestalterischen, kreativen und handwerklichen Fähigkeiten ihren Platz finden muss. Ich wünsche mir weitere wichtige Symbole, die die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung signalisieren. Dazu gehört z. B., dass in den Studentenwohnheimen vermehrt auch Auszubildende wohnen dürfen, oder dass Semestertickets auch für Auszubildende eine Selbstverständlichkeit sind.

Welche Vorschläge haben Sie für die Initiative Bildungsketten, um junge Menschen noch besser in die Ausbildung zu bringen?

Besonders wichtig erscheint mir, dass die Jugendlichen im Rahmen ihrer schulischen und sonstigen Berufsorientierung nicht nur in ihrer Berufswahlkompetenz, sondern auch in ihrer Ausbildungsmarktkompetenz gestärkt werden. Den Jugendlichen muss bewusst sein, dass auf einem Ausbildungsmarkt über ihren Bewerbungserfolg nicht nur das eigene Zutrauen oder die eigene Eignung

entscheidet, sondern vor allem auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, und dass dieses Verhältnis von Region zu Region bzw. von Beruf zu Beruf sehr unterschiedlich ausfällt. Unsere Untersuchungen deuten darauf hin, dass dies immer noch viel zu wenig Jugendlichen bewusst ist und sie deshalb viel zu wenig über alternative Berufsziele nachdenken, falls die Bewerbungen erfolglos bleiben.

Was ist für eine erfolgreiche Ausbildungsentscheidung wichtig?

Wer sich also für die Bewerbung in einem bestimmten Beruf entscheidet, sollte die Marktlage vor Ort einschätzen können, um gegebenenfalls verwandte oder andere Berufe ebenfalls in Betracht zu ziehen, in denen die Eintrittschancen vielleicht etwas größer sind. Nicht nur die Jugendlichen, auch die Eltern benötigen diese Informationen über den regionalen Ausbildungsmarkt, um ihre Kinder entsprechend besser unterstützen zu können. Neben einer guten Einschätzung der eigenen Interessen und Fähigkeiten ist somit auch eine realistische Einschätzung des regionalen Ausbildungsmarktes und der sich bietenden Chancen und Risiken für eine erfolgreiche Ausbildungsentscheidung wichtig – nur so kann dem Matching-Problem begegnet werden.



Mehr Infos

- Was eine Berufsausbildung im Handwerk attraktiv macht. Ergebnisse einer Befragung von Jugendlichen.
<http://bit.ly/2Qt9zdO>
- Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt – eine vertiefende Analyse für Nordrhein-Westfalen (FGW-Studie Vorbeugende Sozialpolitik 08)
<https://bit.ly/2Gfwipf>

Berufswahlpass wird digital

COMMUNITY

In vielen Bundesländern ist der Berufswahlpass an Schulen ständiger Begleiter der Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7. Dieser hat sich seit mehr als 15 Jahren als Instrument der schulischen Berufsorientierung bewährt. Nun wird er auf Grundlage einer Evaluation umfassend modernisiert und digitalisiert.

Der Berufswahlpass ist mit einer jährlichen Auflage von rund 200.000 Exemplaren eines der meist verbreiteten Portfolioinstrumente in der beruflichen Orientierung in Deutschland.

Aufgrund des veränderten Nutzungsverhaltens Jugendlicher sowie der neuen Möglichkeiten und Chancen digitaler Medien hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Berufswahlpass 2015 darauf verständigt, das Gesamtkonzept des Berufswahlpasses zu erneuern.

Der Berufswahlpass ist ein Gemeinschaftsprodukt von 14 Bundesländern, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie der Bundesagentur für Arbeit. Die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Berufswahlpass an dem gedruckten Berufswahlpass wird in der Initiative Bildungsketten durch die Koordinatorin der Bundesarbeitsgemeinschaft Berufswahlpass abgestimmt und gesteuert. Die Koordinatorin begleitet darüber hinaus den Weiterentwicklungsprozess des Berufswahlpasses hin zu einem digitalen Berufswahlinstrument.

Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler unterstützen

Ein interdisziplinäres Team aus Erziehungs- und Kommunikationswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der Fachhochschule des Mittelstands Bielefeld und der Universität Münster wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung beauftragt, ein wissenschaftliches Konzept mit Eckpunkten, Rahmenbedingungen und Empfehlungen zur Digitalisierung und Weiterentwicklung des Portfolioinstrumente Berufswahlpass zu erstellen.



Das wissenschaftliche Konzept sieht vor, den Berufswahlpass als ein Lernkonzept umzusetzen, mit dem die schulische und außerschulische Kompetenzentwicklung digital begleitet werden soll. Mit der Neukonzeption des Berufswahlpasses wird ein Instrument entwickelt, das die heterogenen Ausgangslagen der Schülerschaft berücksichtigt, um jede Schülerin und jeden Schüler bei der Entwicklung ihrer bzw. seiner Berufswahlkompetenz individuell zu unterstützen und zu stärken. Das Instrument soll künftig zum individuellen Berufswahlmanager jeder Schülerin und jedes Schülers werden.

Damit der digitalisierte Berufswahlpass bedarfsgerecht umgesetzt wird, wurden für das wissenschaftliche Konzept drei Expertenworkshops durchgeführt. Dazu wurden Gruppen von Expertinnen und Experten – bildungspolitisch und wissenschaftlich relevante Akteure im Bereich Berufsorientierung – zunächst einzeln die Thesen und Befunde einer Sekundäranalyse präsentiert. In anschließenden Workshoprunden wurden die Feedbacks, Impulse und Diskussionen vom Wissenschaftsteam dokumentiert und aufbereitet.

Für die Entwicklung eines digitalen Berufswahlpasses wurde ein Projektkonsortium gegründet. Dieses besteht aus mehreren Ländern, dem BMBF, dem Bundesinstitut für Berufsbildung sowie der Bundesagentur für Arbeit. Die Mitglieder erarbeiten auf Basis der wissenschaftlichen Evaluation derzeit den digitalen Berufswahlpass. Das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und das Ministerium für Schule und Bildung, übernimmt die Federführung des Vorhabens „Berufswahlpass 4.0“. Die Finanzierung erfolgt durch das BMBF. Ziel ist es, dass der neue Berufswahlpass die Jugendlichen dabei unterstützt, sich selbstverantwortlich mit dem eigenen Berufswahlprozess auseinanderzusetzen und anstehende Aufgaben anzugehen. Der neue Berufswahlpass begleitet, moderiert und fördert das selbstgesteuerte Lernen. Das Instrument ersetzt dabei jedoch nicht die pädagogische Begleitung, sondern unterstützt und ergänzt sie.

Vom Ordner zum digitalen Medium:
Der neue Berufswahlpass soll Schülerinnen
und Schüler bei der Kompetenzentwick-
lung künftig digital begleiten.

Die Zielsetzungen des aktuellen Berufswahlpasses sind weiterhin gültig:

- Unterstützung bei Erwerb und Reflexion eines berufsbezogenen Wissens, Bedingungs- und Planungswissens sowie Steuerung und berufsbezogene Erkundungen: Information zur Berufswelt und zur Berufsorientierung sowie Vernetzungsmöglichkeiten
- Unterstützung bei Erwerb und Reflexion des Selbstwissens und Selbstexploration: Persönliches Profil, Auseinandersetzung mit den eigenen Stärken und Interessen, Stärkung der Selbstwirksamkeit und Dokumentation der Entwicklung, Wahrnehmung der Berufswahl als Entwicklungsaufgabe

Neue Elemente und Funktionen

Die mit der Digitalisierung entstandenen neuen Möglichkeiten sollen genutzt werden, um diese Ziele weiterhin erfolgreich umzusetzen. Im Vordergrund stehen die Bedürfnisse der Jugendlichen, die motiviert und über den gesamten Zeitraum des Berufswahlprozesses zur Reflexion angeregt werden sollen. In der Evaluation schlägt das Wissenschaftsteam vor, den Berufswahlpass um neue Elemente und Funktionen zu bereichern:

- individueller Zugang maßgeschneidert für die jeweilige Nutzerin oder den jeweiligen Nutzer. Der Berufswahlpass kann entsprechend den individuellen Bedürfnissen und Vorlieben innerhalb des pädagogischen Rahmenkonzepts selbst gestaltet werden.
- Share-Funktionen: Möglichkeit, Feedbacks einzuholen und Inhalte mit anderen zu teilen oder in geschützten Gruppen zu lernen und sich auszutauschen (mit Mitschülerinnen und Mitschülern, Freundinnen und Freunden, Lehrkräften, Berufsberaterinnen und -beratern, Eltern, Unternehmen, Auszubildenden, Studierenden u. a.)
- Kalender- und Erinnerungsfunktionen
- individuelle Lernprozesssteuerung
- Messung des Entwicklungsstandes über Self-Assessment-Tools: Abbildung des individuellen Entwicklungsprozesses
- Prinzip des Self-Tracking, bei dem beispielsweise Menschen mittels App ihre Trainingsleistung kontinuierlich überwachen, um damit zum Weitermachen zu motivieren und die individuelle Leistung zu managen und zu optimieren; spielerische Elemente (Gamefication) sollen dies unterstützen

- Dokumentation: systematische Speicherung und Aufbewahrung von erstellten Daten
- Modul für die Erstellung extern zu verwendender Unterlagen wie beispielsweise Bewerbungsunterlagen
- Schnittstellen zu bestehenden digitalen Angeboten, insbesondere den Angeboten der Bundesagentur für Arbeit
- Möglichkeiten der Einbindung neuer Module und landesspezifischer Angebote oder Aufgabenformate
- Möglichkeit für die Jugendlichen, Personen ihres Vertrauens Zugang zu ausgewählten Profildaten zu geben

Projektkonsortium erarbeitet pädagogisches Begleitkonzept

Zusätzlich soll ein umfangreiches pädagogisches Konzept zur Integration des digitalen Berufswahlpasses in den Schulunterricht entwickelt werden. Das entsprechende Material dient dazu, einen angemessenen Umgang mit dem neuen Instrument zu erklären. Beispiele sollen zudem erläutern, wie Aspekte der beruflichen Orientierung in unterschiedlichen Fächerkontexten bzw. außerhalb des Unterrichts vermittelt werden können.

Aus welchen Komponenten der digitale Berufswahlpass besteht und wie ein pädagogisches Begleitkonzept aussieht, wird im Projektkonsortium festgelegt. Dabei wird das neue Instrument in die landesspezifischen Berufsorientierungsmaßnahmen eingebettet. An mehreren Schulen der am Projektkonsortium beteiligten Bundesländer wird der neue Berufswahlpass modellhaft erprobt. Zudem sollen von Experten unterstützte Begleitangebote, wie zum Beispiel Fortbildungen für Lehrkräfte und Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit, entwickelt werden. Nach der Phase der Erprobung sollen das digitale Berufsorientierungsinstrument bundesweit eingeführt und Mechanismen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung etabliert werden.



Mehr Infos

- Relaunch zum Berufswahlpass <http://www.berufswahlpass.de>
- Abschlussbericht „Neukonzeption Berufswahlpass“ <http://bit.ly/2zW5XqI>

Wege in Ausbildung: KAUSA Servicestellen unterstützen Unternehmen

GUTE PRAXIS

Das eigene Unternehmen zu gründen – davon träumen viele. Die gebürtige Kirgisin Lada Leippi und die in Russland geborene Olga Mertins haben diesen Traum verwirklicht. Sie gründeten gemeinsam in Thüringen den Pflegedienst Ambulantica. Künftig wollen sie auch selbst ausbilden. Die KAUSA Servicestelle Thüringen, die Menschen mit Migrationshintergrund Wege in Ausbildung aufzeigt, unterstützt sie dabei.

Alles fing im Herbst 2017 zunächst mit einer Vision an. Die aus Kirgisien kommende Lada Leippi brannte für die Idee, sich nach langjähriger Tätigkeit bei einem Thüringer Pflegedienst selbstständig zu machen. Der Funke sprang auf ihre Kollegin Olga Mertins über, gemeinsam gründeten sie im April 2018 den Pflegedienst Ambulantica. Mit einem großen Ziel: kultursensible und familiäre Pflege anzubieten.

An beruflichen Erfahrungen der beiden mangelt es nicht. Die gelernte Krankenschwester Lada Leippi kam 1994 mit ihrer Familie nach Deutschland. Um ihren Abschluss anerkennen lassen zu können, absolvierte sie zunächst ein Jahrespraktikum in ihrem erlernten Beruf. Später arbeitete sie als Pflegedienstleiterin. Olga Mertins war 13 Jahre alt, als sie 1996 nach Deutschland kam, und beendete die Schule mit dem Realschulabschluss. Zunächst entschied sie sich für eine zweijährige Ausbildung zur Kinderkrankenpflegerin. Doch Olga Mertins wollte mehr. „Die Ausbildung hat mir gut gefallen. Das war aber nicht genug für mich. Deswegen habe ich mich entschlossen, mein Fachabitur nachzuholen. Direkt im Anschluss studierte ich Diplomsozialarbeit“, führt die gebürtige Russin aus.

Herausforderungen bei der Existenzgründung

So viel fachliches und berufliches Wissen sie für ihre Unternehmensgründung auch mitbrachten, über alles Organisatorische zur Gründung mussten sie sich erst umfassend informieren – vom Businessplan-Erstellen bis zu den notwendigen Behördengängen und rechtlichen Vorschriften. „Die deutsche Bürokratie ist sehr

schwierig. Man muss für jede Verordnung, die die Ärzte vorgeben, für die Krankenkassen einen Nachweis erbringen“, so die beiden Gründerinnen.

Hin und wieder bereitet auch die deutsche Sprache Schwierigkeiten – gerade was das so genannte Behördendeutsch anbelangt. „Wir sind ein multikulturelles Unternehmen. Wir haben auch deutsche Mitarbeiter. Sie helfen manchmal bei Telefonaten. Dadurch können wir vermeiden, dass eventuell sprachliche Missverständnisse entstehen“, sagt Olga Mertins. Auch das Thema Mitarbeiterqualifizierung und Ausbildung beschäftigt die beiden Frauen.

KAUSA Servicestelle: Anlaufpunkt für Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund

Gerade beim Thema Ausbildung sind Informationen darüber, was es zu beachten gilt, wichtig. In Thüringen gibt es für Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch für Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund seit rund anderthalb Jahren an den Standorten Erfurt, Jena, Mühlhausen, Suhl und Eisenach mit der KAUSA Servicestelle Unterstützungs- und Beratungsleistungen zu Ausbildungsfragen. Die Servicestelle ist die zweitjüngste von bundesweit insgesamt 31 KAUSA Servicestellen. Finanziert wird die Servicestelle aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (→ siehe auch S. 6–7), in Kofinanzierung vom Freistaat Thüringen.

„Für Unternehmen bieten wir insbesondere Erstinformationen an, Hilfe bei Formalitäten sowie bei der Suche nach geeigneten Auszubildenden und natürlich auch dabei, wenn Betriebe selber ausbilden wollen“, beschreibt Niklas Waßmann von der KAUSA Servicestelle die Aktivitäten für Unternehmerinnen und Unternehmer. Darüber hinaus initiieren sie Unternehmerstammische, bei denen die Vernetzung und der Austausch unter den Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund im Vordergrund stehen.

Neue Auszeichnung „Unternehmen mit Kultur“

2018 hat die KAUSA Servicestelle erstmals in Kooperation mit dem Ausländerbeirat Erfurt die Auszeichnung

Olga Mertins (l.) und Lada Leippi haben erstmalig den Unternehmerpreis „Unternehmen mit Kultur“ der KAUSA Servicestelle Thüringen und des Ausländerbeirates Erfurt erhalten.



„Unternehmen mit Kultur“ für das Engagement Thüringer Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund vergeben. „Mit dem Unternehmerpreis wollen wir die Sichtbarkeit erhöhen von Unternehmern mit Migrationshintergrund. Dass es keine Geschichte ist – auch nicht in einem ostdeutschen Bundesland wie Thüringen –, die man völlig neu schreiben muss, sondern die es teilweise schon seit Jahrzehnten hier gibt. Wir wollen zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund Leistungsträger sind, die Steuern bezahlen, die Chancen bieten, die Teil der Gesellschaft sind und bislang unter dem Radar gelaufen sind, aber auch eine Vorbildfunktion haben können für Integrationsbemühungen“, erläutert Mitarbeiter Waßmann den Hintergrund des Preises. Ein weiterer Aspekt sei es, mit den Unternehmerinnen und Unternehmern ins Gespräch zu kommen über das Thema Ausbildung, die Ausbildungseignungsprüfung und geeignete Auszubildende.

Künftige Zusammenarbeit mit Pflegedienst Ambulantica

Im Fall von Lada Leippi und Olga Mertins ist dies gelungen. Sie haben für ihr inzwischen 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter starkes Unternehmen Ambulantica für ihren unternehmerischen Mut neben zwei weiteren Unternehmen den Preis „Unternehmen mit Kultur“ verliehen bekommen. Künftig wollen sie vom Know-how der KAUSA Servicestelle Thüringen profitieren. „Leider haben wir erst kürzlich von KAUSA erfahren. Da wir aber planen auszubilden, möchten wir uns durch die Servicestelle beraten lassen.“

Auch für die KAUSA Servicestelle Thüringen ist der Kontakt wichtig: „Ambulantica hat sich auf kultursensible Pflege spezialisiert, sie pflegen insbesondere Menschen aus einem Kulturkreis, den sie gut kennen, dem osteuropäisch-russischen Raum. Diesen Bereich wollen sie erweitern auf den arabischen Raum, vielleicht auch

Afghanistan. Wir vermitteln junge Geflüchtete oder Jugendliche mit Migrationshintergrund, die genau diesen kulturellen Hintergrund haben und sich vorstellen können, im Pflegebereich zu arbeiten“, sagt Waßmann.

Ausbildung ist Herzensache

Zwei Dinge sind für Lada Leippi und Olga Mertins eine Herzensache: Zum einen, dass gerade ältere Menschen kultursensible Pflege durch einen Mitarbeiter mit gleichem kulturellen Hintergrund bekommen. Zum anderen die Chance für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit und ohne Migrationshintergrund, eine Ausbildung zu beginnen, sich Leistungen aus anderen Ländern in Deutschland anerkennen lassen zu können und sich weiter zu qualifizieren. Mit der KAUSA Servicestelle Thüringen haben sie einen verlässlichen Partner, der sie auf diesem Weg unterstützt.

Anderen potenziellen Unternehmensgründerinnen und -gründern raten die beiden Pflegedienst-Gründerinnen, sich zu trauen, ein Unternehmen zu gründen. Und natürlich empfehlen sie die KAUSA Servicestelle Thüringen als Anlaufpunkt für Ausbildung.



Mehr Infos

- KAUSA Servicestelle Thüringen www.bwtw.de/kausa
- KAUSA Servicestellen in Deutschland www.jobstarter.de/de/kausa-servicestellen-100.php
- Über das Unternehmen Ambulantica www.ambulantica.de
- Online-Dossier „Unternehmen bilden aus!“ www.jobstarter.de/de/unternehmen-bilden-aus.php
- Preisverleihung „Unternehmen mit Kultur“ www.bildungsketten.de/de/3089.php

Potenzialanalysen – Wegbereiterinnen für eine erfolgreiche Berufsorientierung

LEXIKON

Die Potenzialanalyse ist für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse der Einstieg in die berufliche Orientierung. Zwei Modelle haben sich etabliert: Entweder wird die Potenzialanalyse schulintern mit eigenen Lehrkräften durchgeführt oder extern in Berufsbildungsstätten.

Mit Abschluss der Bildungsketten-Vereinbarungen geht die Verantwortung für die Potenzialanalysen in vielen Fällen auf die Länder über (→ siehe auch S. 6–7). Die Länder streben eine flächendeckende Bereitstellung an. Dadurch sind neue Formen der Umsetzung entstanden, die sich an die Qualitätsstandards des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zur Durchführung von Potenzialanalysen anlehnen, aber vom gewohnten Schema des Berufsorientierungsprogramms (BOP) abweichen können.

Allen Formen der Potenzialanalyse in der frühen beruflichen Orientierung ist gemein, dass sie in der Klasse 7 oder 8 relativ am Anfang der persönlichen „Bildungskette“ der Jugendlichen stehen. Sie unterstützen die Schülerinnen und Schüler, fachübergreifende Kompetenzen, noch verborgene Talente und persönliche Interessen zu entdecken und Entwicklungen anzustoßen. Wichtiges Element sind praxisbezogene Aufgaben, bei deren Lösung die Jugendlichen durch pädagogische Fachkräfte beobachtet und begleitet werden. In individuellen Feedbackgesprächen werden die Erfahrungen gemeinsam reflektiert.

Potenzialanalysen wollen Mut machen, die eigene berufliche Zukunft in die Hand zu nehmen, und sind deswegen konsequent stärkenorientiert. Im Fokus stehen Kompetenzen, die in verschiedenen Berufsfeldern, aber auch im Alltag gefragt sind. Dazu gehören methodische, personale und soziale Kompetenzen sowie in verschiedenen Verfahren auch berufliche Basiskompetenzen. Eine Einengung auf bestimmte berufliche Richtungen ist ausdrücklich nicht vorgesehen.

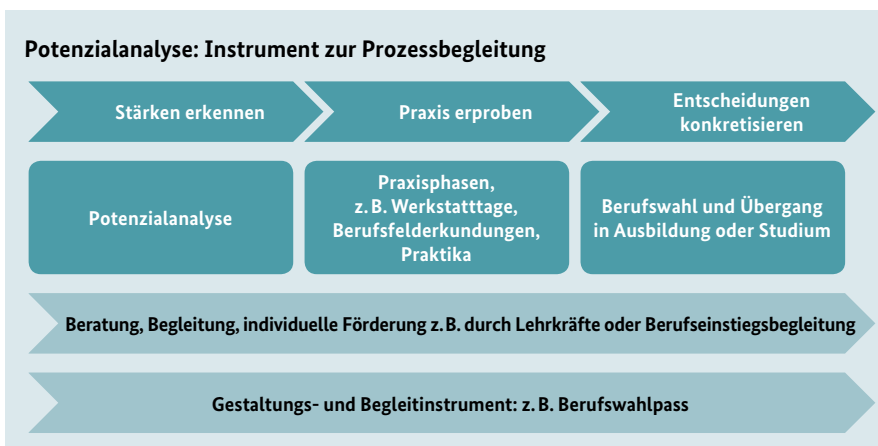
Erkenntnisse im Unterricht aufgreifen

Potenzialanalysen sind prozessorientiert angelegt (→ siehe Grafik unten), d. h. die Erfahrungen und Erkenntnisse der Jugendlichen sollen nicht für sich stehen, sondern in sich anschließenden Angeboten zur beruflichen Orientierung und im schulischen Unterricht aufgegriffen werden. Das setzt eine gute Dokumentation der Ergebnisse und eine enge Kooperation zwischen den beteiligten Institutionen voraus. Im Mittelpunkt stehen aber die Jugendlichen: Ihr Interesse und ihre Lust an der Berufsorientierung sollen geweckt werden.

Voraussetzung dafür: Die Schülerinnen und Schüler müssen den Sinn der Potenzialanalyse und die Zusammenhänge mit weiteren Schritten der Berufsorientierung verstehen und sich mit den Ergebnissen identifizieren.

Die Verzahnung verschiedener Förderinstrumente in der beruflichen Orientierung sowie am Übergang Schule – Beruf ist das zentrale Ziel der Initiative Bildungsketten. Die Potenzialanalyse ist ein geeignetes Instrument, um eine solche Verzahnung sicherzustellen. Die Ergebnisse

können wiederholt thematisiert und fortlaufend aktualisiert werden, wenn die Schülerinnen und Schüler neue berufsorientierende Erfahrungen in Schule, Betrieb oder Bildungsstätte gemacht haben. Vor diesem Hintergrund haben sich – neben der Potenzialanalyse im BOP – auf Länderebene zwei Umsetzungsmodelle etabliert:



1 Die Potenzialanalyse wird schulintern durch eigens geschulte Lehrkräfte durchgeführt. Das stellt Schulen wegen des geforderten Beobachtungsschlüssels von 1:4 zwar vor besondere Herausforderungen – eine Lehrkraft ist für vier Schülerinnen und Schüler zuständig. Allerdings gelingt so die Einbettung des Instruments in schulische und landesspezifische Berufsorientierungskonzepte besser. Ergebnisse lassen sich leichter für eine individuelle schulische Förderung aufgreifen und die Jugendlichen im Berufsorientierungsprozess begleiten. Durch die enge Einbindung der Lehrkräfte in die Berufsorientierungsmaßnahme wächst das Verständnis der beteiligten Schulen für die Sinnhaftigkeit von Potenzialanalysen. Nicht selten kommt es vor, dass Lehrkräfte die Jugendlichen von einer anderen Seite erleben. Auch bereichern Elemente des stärkenorientierten Ansatzes andere Unterrichtselemente.

2 Die Potenzialanalyse erfolgt extern durch (Berufs-)Bildungsstätten mit einer entsprechenden Expertise. Sie sind darin erprobt, das aufwändige Beobachtungsverfahren zu organisieren und einen neutralen Blick auf die Schülerinnen und Schüler zu werfen, da sie sich außerhalb schulorganisatorischer Gegebenheiten und systemimmanenter Machtgefälle bewegen. Durch ihr Wissen aus der Arbeitswelt bringen sie neue Blickwinkel in das System Schule, haben es aber gleichzeitig schwerer, die Ergebnisse der Potenzialanalyse in dieses zu integrieren.

Unabhängig davon, für welches Modell sich ein Land entscheidet: Damit Potenzialanalysen nachhaltig wirken, müssen sie in ein Gesamtkonzept der beruflichen Orientierung eingebettet sein. Ebenso bedarf es einer systematischen Kooperation der beteiligten Institutionen. In jedem Fall benötigen die Jugendlichen begleitende Unterstützung, die institutionell bei den Schulen verankert ist. Dazu gehören z.B. die Gestaltung von Unterrichtseinheiten und Beratungsgesprächen, die Vor- und Nachbereitung von Potenzialanalysen und Praxisphasen und die kontinuierliche Pflege eines Portfolioinstruments, wie beispielsweise des Berufswahlpass. Es geht um die Begleitung und Verzahnung aller Berufsorientierungsaktivitäten bis hin zum Übergang in betriebliche Ausbildung, weiterführende Schule oder Studium.



Schülerin und Schüler während der Potenzialanalyse im Berufsorientierungsprogramm

Wichtig dabei: Die Jugendlichen sollen nicht über Jahre auf das Ergebnis der „Momentaufnahme Potenzialanalyse“ festgelegt werden, sondern ihre individuelle Weiterentwicklung soll unterstützt und das Kompetenzprofil fortlaufend aktualisiert werden.



Mehr Infos

- Ziele und Inhalte der Potenzialanalyse: „Potenzialanalyse – Wegbereiter für eine erfolgreiche Berufsorientierung“ www.bmbf.de/pub/Potenzialanalyse.pdf
- Praxistipps für pädagogische Fachkräfte: „Talente entdecken – Handlungsleitlinien zur Durchführung von Potenzialanalyse für die Berufsorientierung“ www.bmbf.de/pub/Talente_entdecken.pdf
- Qualitätsstandards des BMBF zur Durchführung von Potenzialanalysen zur Berufsorientierung <http://bit.ly/Qualitaetsstandards>
- Die Potenzialanalyse im Überblick http://bit.ly/BOP_Potenzialanalyse

Paul geht seinen Weg – Auszubildende individuell begleiten

PARTNER - ENGAGEMENT

Waren Sie schon mal in „Iron-Hut-City“? So nannte US-Schauspieler Tom Hanks Eisenhüttenstadt bei seinem Auftritt in der Talkshow von David Letterman. Die Stadt in Brandenburg hat mit dem Fachkräftemangel schwer zu kämpfen. Das schweißt zusammen, wie die Kooperation von Berufseinstiegsbegleitung und ehrenamtlichem Coaching der Initiative VerA zeigt. Dadurch erhalten Auszubildende wie der 20-jährige Paul eine berufliche Perspektive.



„Mir gefällt die Arbeit mit Tieren.“ Der 20-jährige Paul arbeitet als ausgebildeter Landwirt.

Morgens früh auf dem Hof der Agrargenossenschaft Kieselwitz, Paul füttert die Kälber, mistet den Stall aus. Der 20-Jährige macht eine Ausbildung zum Landwirt, drittes Lehrjahr. „Mir gefällt die Arbeit mit Tieren und draußen zu sein an der frischen Luft“, sagt Paul über seinen Wunschberuf, für den sich junge Leute immer seltener entscheiden. Ausbilder Riccardo Fischer ist sehr zufrieden, wie Paul sich entwickelt hat. Paul wird beim Übergang von der Schule in den Beruf individuell unterstützt. Zuerst durch Berufseinstiegsbegleiterin Gabriela Schiller vom QualifizierungsCENTRUM der Wirtschaft (QCW), danach durch Ausbildungsbegleiterin Hildburg Gabriele Herms von der Initiative VerA.

In Eisenhüttenstadt kooperieren die Mitarbeitenden der Berufseinstiegsbegleitung besonders eng mit der ehrenamtlichen VerA-Ausbildungsbegleitung des Senior Experten Service (SES). Etwas außerhalb der Stadt liegt die Agrargenossenschaft Kieselwitz, ein Betrieb mit 18 Beschäftigten, darunter dem Auszubildenden Paul. Es handelt sich um einen Agrarbetrieb, wie man sich ihn vorstellt. Es wird Feldbau – Getreideanbau für Brotgetreide und Futter – und Rindermast betrieben. Rund 500 Rinder gibt es auf dem Hof. Zudem eine eigene Landfleischerei, für die vor Ort geschlachtet wird.

Im Vorstandsbüro der Genossenschaft spricht Ausbilder und Vorstandsvorsitzender Fischer über die abwechslungsreiche Arbeit in einem landwirtschaftlichen Betrieb und die Schwierigkeiten bei der Suche nach passenden Auszubildenden. Im Sommer 2017 konnte Fischer keinen Auszubildenden mehr finden. Damit ist die Agrargenossenschaft kein Einzelfall. In der gesamten Region fällt es den Betrieben inzwischen schwer, Auszubildende zu finden. Für Paul war das ein positiver Umstand. Für ihn hatten sich dadurch die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhöht – trotz seiner Lese- und Rechtschreibschwäche.

Berufswunsch Landwirt

Unterstützung hat er dabei von Frau Schiller bekommen, die ihn seit Herbst 2013 zuerst an der Schule und dann zu Beginn der Ausbildung begleitete. Die Berufseinstiegsbegleiterin beschreibt Paul als einen sehr zurückhaltenden jungen Mann, der sich zu Beginn der Begleitung kaum traut, „den Mund aufzumachen“. Paul hat jedoch schon in der Schule einen klaren Berufswunsch. Er will Landwirt werden. Seine Großeltern haben selbst einen landwirtschaftlichen Betrieb. Er weiß, was auf ihn zukommt. Praktika in der Landwirtschaft bestätigen seinen Berufswunsch, so dass er mithilfe der Berufseinstiegsbegleitung die Bewerbung angeht.

Von der Arbeitsagentur erhält Paul das Stellenangebot aus Kieselwitz. Dort stößt Pauls Bewerbung auf Interesse, er kann sich in einem Praktikum präsentieren. Danach ist klar: Paul bekommt den Ausbildungsplatz. „Was wichtig ist, ist ein ernsthaftes Interesse“, sagt Ausbilder Fischer. Das ist bei Paul stark ausgeprägt, die Noten spielen letztlich keine große Rolle. Auch seine Lese- und Rechtschreibschwäche wird nicht als unlös-



Paul (2. v.l.) hat seine Ausbildung abgeschlossen – mit Unterstützung von Ausbilder Riccardo Fischer, Berufseinstiegsbegleiterin Gabriela Schiller (2. v.r.) und VerA-Ausbildungsbegleiterin Hildburg Gabriele Herms.

bares Problem gesehen. Die Chance für Paul hat sich gelohnt. Trotz einiger Schwierigkeiten während der Ausbildung hat er im Sommer 2018 seine Abschlussprüfung.

Um seine Ausbildung zu meistern, steht Paul zuerst noch Berufseinstiegsbegleiterin Schiller zur Seite. Schnell wird klar, dass Paul auch während der Ausbildung eine zusätzliche Ansprechperson gebrauchen kann. Hier kommt die Initiative VerA ins Spiel. Die Berufseinstiegsbegleitung stellt eine Anfrage zur Begleitung Pauls. Eine Kontaktanfrage ist zum Beispiel online über ein Formular möglich. In der Regel meldet sich innerhalb von zwei Wochen jemand vom Senior Experten Service (SES). Bei Paul war das Frau Herms, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben „zu Hause nicht vergreifen möchte“.

Als Lehrerin und Mitarbeiterin in einem Ausbildungsprojekt hatte sie schon immer große Freude an der Arbeit mit jungen Menschen. Sie sieht ihre Aufgabe bei der Initiative VerA vor allem darin, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. „Hingehen müssen die jungen Leute schließlich alleine“, meint sie. Sie macht Vorschläge, findet Angebote und ruft auch schon mal wo an. Sie kennt sich gut aus und kann passende Unterstützungsangebote nennen. Sie hilft bei der Umsetzung, etwa bei der Beantragung von ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH).

„Die Jugendlichen können ja gar nicht alles kennen, was es gibt“. In Absprache mit Paul organisieren Berufseinstiegsbegleiterin Schiller und VerA-Begleiterin Herms jene Unterstützungsangebote, die dem Ziel des Ausbildungsabschlusses näherkommen.

Zusätzliche Hilfe beim Berichtsheft

Ausbilder Fischer kannte vor der Ausbildung von Paul weder die Berufseinstiegsbegleitung noch das Angebot von VerA. Jetzt ist er froh, dass es diese Möglichkeiten gibt. Er sieht sie als zusätzliche Unterstützung für Paul in der Ausbildung. Der Umgang mit dem Berichtsheft ist ein gutes Beispiel. Hier hat Paul Schwierigkeiten, bekommt jedoch die nötige zusätzliche Hilfe, wozu im Betrieb nicht immer Zeit gewesen wäre. „Da ist es einfach gut, wenn da noch jemand draufschaut“, meint Fischer.

Mit Blick auf Pauls beide Begleiterinnen ergänzt er mit einem Lächeln: „In betriebliche Belange haben sich die beiden Damen ja zum Glück nicht eingemischt.“ Aber es gab zu Beginn ein Kennenlernen und Kontakte während der Ausbildung. Wichtig ist, dass jemand im Hintergrund als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Paul kann sich jederzeit melden, um über die Arbeit zu sprechen, egal ob es nun gerade super läuft oder auch mal etwas schiefgegangen ist.

Bildungsträger QCW: „Übergang gut und verlässlich gestalten“

Der Bildungsträger QCW liegt auf dem Gelände des Stahlwerks, dem Eisenhüttenstadt seinen Namen verdankt und das noch immer die Stadt dominiert. QCW bietet ein umfassendes Angebot an Leistungen rund um die berufliche Bildung: von der Berufsorientierung mit Potenzialanalyse, der Berufseinstiegsbegleitung über verschiedene berufsvorbereitende Angebote bis zur Verbundausbildung und sogar zu einer Meisterschule. Die gesamte Bildungskette kann bei QCW gewährleistet werden. Die Kooperation zwischen den verschiedenen Angeboten ist eng.

Ines Kuther ist bei QCW für die Koordination der Berufsorientierung zuständig. Sie berichtet über die regelmäßige, lebhaft und wertschätzende Zusammenarbeit mit den Senior Expertinnen und Experten der Initiative VerA. „Wir haben viele Teilnehmende aus der Berufseinstiegsbegleitung an einen Senior Experten weitergegeben“, erklärt Kuther. „Wir können den Übergang gut gestalten und verlässlich mit der Initiative VerA zusammenarbeiten.“ Sie lobt zudem die Kontinuität bei der Begleitung, durch die die Jugendlichen im direkten Anschluss zur Berufseinstiegsbegleitung weiterhin individuell unterstützt werden.

Nicht nur Jugendliche aus der Berufseinstiegsbegleitung nutzen VerA, sondern auch Jugendliche, die nach einer Berufsvorbereitung eine Ausbildung beginnen. „Ich finde, das ist eine tolle Sache, und ich habe großen Respekt vor der Arbeit der Ehrenamtlichen“, sagt Kuther.

Kennenlernen bei Kaffee und Kuchen

Bei Paul hat die Übergabe an die Initiative VerA problemlos funktioniert. Es gab ein Treffen mit allen Beteiligten, einschließlich Pauls Mutter, um sich kennenzulernen und zu besprechen, wo Unterstützungsbedarf besteht. Alles gemütlich bei Kaffee und Kuchen. Es gab ein weiteres Treffen zwischen Paul und VerA-Begleiterin Herms – und die Begleitung konnte sofort starten. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Berufseinstiegsbegleitung und ehrenamtlicher Ausbildungsbegleitung konnte QCW den Übergang für Paul optimal meistern und ein kontinuierliches individuelles Begleitungsangebot sicherstellen.



Hier sieht Kuther einen großen Vorteil von VerA. Gerade Jugendliche aus der Berufseinstiegsbegleitung sind mit dieser Form der Unterstützung vertraut und nehmen das Angebot gerne wahr. Ihnen steht eine Vertrauensperson zur Seite, mit der sie nicht nur über die Arbeit sprechen können, sondern auch über persönliche Probleme. Gleichzeitig ist es immer eine individuelle Entscheidung des Jugendlichen, das Angebot der Initiative VerA zu nutzen. Mit Druck läuft da nichts. Bei jedem Jugendlichen muss genau hingeschaut werden, ob weiter Unterstützungsbedarf besteht oder ob er oder sie so weit ist, auf eigenen Füßen zu stehen.

Großen Anteil am Zustandekommen der Zusammenarbeit mit anderen Unterstützungsangeboten hat die Netzwerkarbeit der Initiative VerA. Eine aktive Ansprache in der Region ermöglicht den Kontakt. Auf regionalen Netzwerktreffen konnten Bildungsträger das Angebot von VerA kennenlernen und sich persönlich ein Bild von der Initiative und ihren Ehrenamtlichen machen. Das ist die Basis für eine vertrauensvolle Arbeit.

Paul konnte durch die Ausbildung viel an Stärke hinzugewinnen. Er steht für eine Erfolgsgeschichte in einer vom Fachkräftemangel gebeutelten Stadt, die Tom Hanks durch seinen Besuch berühmt gemacht hat.



Mehr Infos

- Bildungsketten-Deutschlandkarte mit regionalen Ansprechpersonen der Initiative VerA sowie Bildungsträgern und Schulen mit BerEb
www.bildungsketten.de/de/karte.php
- Initiative VerA, <http://vera.ses-bonn.de>
- Berufseinstiegsbegleitung: Konzept und Ziele sowie Arbeitshilfen für Fachpersonal
www.bildungsketten.de/berufseinstiegsbegleitung

Literaturempfehlungen

Berufsschule im dualen System: Lösungsansätze und Praxisbeispiele

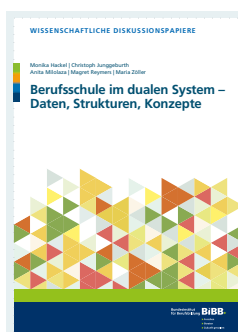
Sinkende Schülerzahlen bis zum Jahr 2035 setzen die Teilzeit-Berufsschulen in Deutschland stark unter Druck. Die Folgen der demografischen Entwicklung sind schon jetzt zu spüren. Die Zahl der Schulklassen geht zurück und es kommt zu Schließungen. Auszubildende werden es zunehmend schwerer haben, eine Berufsschule in der Nähe zum Wohnort zu finden. Betroffen sind vor allem Berufsschulstandorte in Ostdeutschland. Das Fachklassenprinzip, wie es die Kultusministerkonferenz bevorzugt, ist in Gefahr. Das belegt eine Studie, die die aktuellen Herausforderungen der Teilzeit-Berufsschule als Lernortpartner im dualen System analysiert hat.

Bei den Lösungsansätzen weisen die untersuchten Bundesländer Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. Dies verdeutlichen die Beispiele ausgewählter Ausbildungsberufe, darunter Maurer/-in, Konstruktionsmechaniker/-in, Fachinformatiker/-in und Hotelkaufmann/-frau. Die Wahl der Berufsschule hängt in der Regel vom Sitz des Betriebs ab. Die Betriebe können in den meisten Bundesländern ihren Beschulungsstandort nicht frei wählen. Große Unterschiede bestehen bei Schulentwicklungsplänen, Mindestklassenstärke und Finanzierung. Fachleute aus den Landesministerien und Teilzeit-Berufsschulen schlagen daher eine standortübergreifende Schulentwicklungsplanung sowie E-Learning-Angebote, jahrgangübergreifende Fachklassen oder finanzielle Förderungen vor. Der Schulstandort sei für die auszubildenden Betriebe weiterhin sehr wichtig.

Inklusive Bildung in Deutschland: Ländervergleich zur Umsetzung

Die Inklusion stellt Lehrkräfte vor große Herausforderungen. Oft ist zu hören, das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Förderbedarf funktioniert nicht. Doch ein analytischer Blick in die Bildungspraxis zeigt: Manches läuft besser als gedacht. Die Broschüre gibt Leserinnen und Lesern einen aktuellen Überblick, wie allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen die Inklusion in den Bundesländern umsetzen. Der Ländervergleich ermöglicht ein differenziertes Bild zu den einzelnen Bausteinen eines inklusiven Bildungssystems. Vorgestellt werden statistische Daten zu Förder-, Inklusions- und Exklusionsquoten, Schulgesetzgebung, politische Konzepte, Verankerung inklusiver Elemente in der beruflichen Bildung sowie Finanzierung und qualitative Aspekte inklusiver Bildung, etwa die Lehreraus- und -fortbildung.

Mehr Details vermitteln die insgesamt 16 Länderhefte zu Inklusion in der Schule und der beruflichen Bildung. Jedes Heft enthält nützliche Tipps mit Erfolgsbeispielen, unter anderem in Schulen, Berufsschulen, Bildungsträgern und Förderzentren. Für jedes Bundesland werden die laufende politische Debatte zur Inklusion nachgezeichnet sowie pädagogische und finanzielle Entwicklungen erläutert. Die Länderhefte sollen die zum Teil emotional geführte Diskussion über inklusive Bildung auf eine sachliche Ebene bringen. Die Autorinnen und Autoren ziehen ein positives Fazit: Die Entwicklung der Inklusion in einzelnen Ländern und an vielen Schulen sei vielversprechend.



**Monika Hackel
Christoph Junggeburth (u. a.)**
**Berufsschule im dualen
System – Daten, Strukturen,
Konzepte**
Bonn, 2017, 106 Seiten
Abruf: <https://bit.ly/2y7id5o>
ISBN 978-3-945981-80-1



Valerie Lange
**Inklusive Bildung in Deutsch-
land – Ländervergleich**
Berlin, 2017, 88 Seiten
Abruf: <https://bit.ly/2u2XLTI>
ISBN 978-3-95861-846-6
Abruf Länderhefte:
<https://bit.ly/2JIS5ti>

try five!
Partnerschaftliche Zukunft

Bildungsketten

MTO
PSYCHOLOGISCHE
FORSCHUNG UND BERATUNG

Arbeitshilfe Nr. 19

„try five! – Fünf Sinne für deine Zukunft“
Anleitung für einen Erlebnisparcours
zur Potenzialanalyse

www.bildungsketten.de

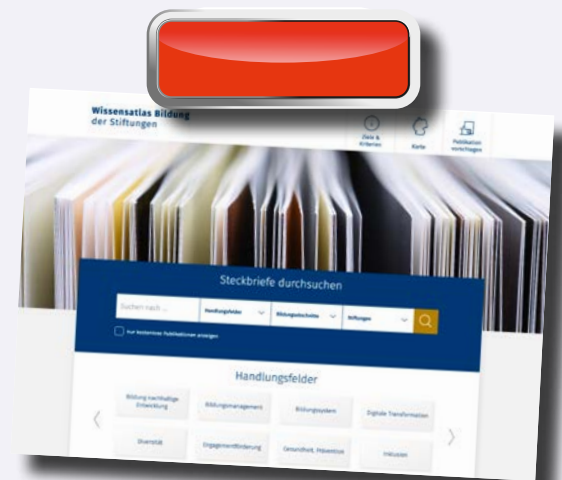
Arbeitshilfe: „try five!“- Parcours zur Potenzialanalyse

Der „try five!“-Parcours führt spielerisch in das Thema Potenzialanalyse ein. Schulen, Bildungsträger und andere Interessierte sind dazu eingeladen, den Parcours eigenständig umzusetzen. Eine Arbeitshilfe erläutert alle wichtigen Schritte – von der Planung bis zur Durchführung. An fünf Stationen können die Teilnehmenden ihre überfachlichen Kompetenzen erkunden, zum Beispiel Konzentrationsfähigkeit, Arbeitstempo und Problemlösefähigkeit.

→ <https://www.bildungsketten.de/tryfive>

Neuer Wissensatlas Bildung der deutschen Stiftungen

Der neue Wissensatlas Bildung bietet eine Übersicht über Publikationen deutscher Stiftungen zum Thema Bildung. Die Webseite enthält mehr als 150 Veröffentlichungen, etwa zum Übergang Schule – Beruf, zur beruflichen Bildung und zur Schulbildung. Der Wissensatlas ist eine Initiative des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und des Netzwerkes Stiftungen und Bildung. Das Angebot soll dauerhaft ausgeweitet werden.



→ www.wissensatlas-bildung.de



Unternehmen bilden aus! – Neues KAUSA-Webangebot für Unternehmen

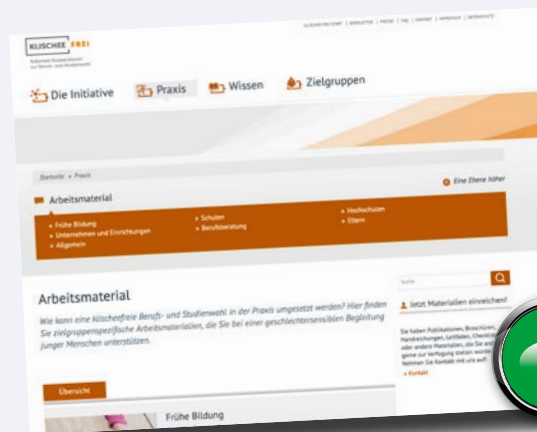
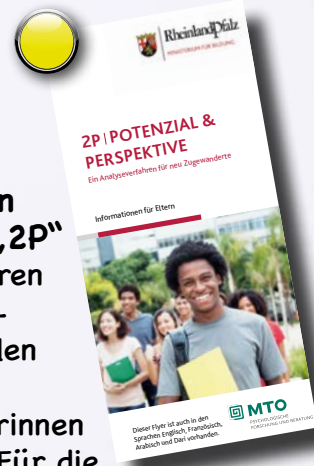
Wer in Deutschland ausbilden will, steht vor vielen Fragen: Was muss ich tun, um ausbilden zu können? In welchem Beruf kann ich ausbilden? Was ist eine AEVO? Was steht im Ausbildungsnachweis? Das neue Webangebot „Unternehmen bilden aus!“ der Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration (KAUSA) gibt in einem Online-Dossier und einem Fachglossar darauf die Antworten.

→ Dossier | www.jobstarter.de/unternehmen-bilden-aus

→ Fachglossar | www.jobstarter.de/kausa-fachglossar

Flyer in vier Sprachen zum Kompetenztest „2P“
Mit dem Analyseverfahren „2P – Potenzial & Perspektive“ können Schulen die Kompetenzen neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler erfassen. Für die Zielgruppe Eltern hat Rheinland-Pfalz vier Flyer in den Sprachen Englisch, Französisch, Dari und Arabisch herausgegeben. Diese erweitern die bisherigen Flyer für Lehrkräfte und Schulleitungen.

→ http://bit.ly/Kompetenztest_2P



Arbeitsmaterialien für klischeefreie berufliche Orientierung

Die Webseite der Initiative Klischeefrei gibt zahlreiche Tipps, wie eine klischeefreie berufliche Orientierung und Lebensplanung gelingt. Die Nutzer finden sowohl Arbeitsmaterialien als auch Praxisbeispiele. Die Initiative Klischeefrei ist ein bundesweiter Zusammenschluss aus Politik, Wirtschaft und Forschung, um jungen Menschen eine Berufs- und Studienwahl ohne Geschlechtergrenzen zu ermöglichen.

→ Arbeitsmaterialien | www.klischee-frei.de/de/klischeefrei_53018.php

→ Gute Praxis | www.klischee-frei.de/de/klischeefrei_53011.php

Förderinitiative von Bund und Ländern für leistungsstarke Jugendliche

Besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler sollen ihre Begabungen besser entfalten können – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Dazu haben das Bundesbildungsministerium (BMBF) und die Kultusministerkonferenz (KMK) eine gemeinsame Förderinitiative gegründet. Für eine Laufzeit von zehn Jahren stellen Bund und Länder zu gleichen Teilen insgesamt 125 Millionen Euro bereit.

Die Entwicklungsmöglichkeiten leistungsstarker Kinder und Jugendlicher sollen sich in möglichst allen Schulen, Schulformen und Unterrichtsfächern verbessern. Die Initiative „Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler“ startete zum Schuljahr 2017/18 und besteht aus zwei Phasen. Im ersten Abschnitt erarbeiten Pilotschulen geeignete Konzepte und ein Leitbild für eine leistungsfördernde Schulentwicklung. Neben schulischen Angeboten werden auch Ideen für eine Förderung außerhalb des regulären Unterrichts entwi-



ckelt. In einer zweiten Phase werden die Ergebnisse der Schulpraxis zur Verfügung gestellt. Dabei übernehmen die Pilotschulen die Rolle des Multiplikators für andere Schulen. Die Länder betreuen die Schulen und bieten Fortbildungen für Lehrkräfte an. Das BMBF unterstützt die Schulen bei ihrer konzeptionellen Arbeit mit praxisnaher Forschung. Geplant ist, die Konzepte und Maßnahmen zu evaluieren. An der Initiative „Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler“ können sich Partner aus der Wirtschaft ebenso beteiligen wie Stiftungen und Vereine, die in diesem Bereich bereits engagiert sind.



Mehr Infos

Konzept und Leitlinien der Initiative
www.bmbf.de/files/Initiative_Leistungsstarke_Beschluss.pdf

Studie: Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien variiert stark

Von einer strukturierten Berufs- und Studienorientierung sind Gymnasien noch ein Stück weit entfernt. Schulinterne Konzepte haben keinen Bezug zu Berufswahltheorien. Das Angebot beschränkt sich auf einzelne Bausteine, die nicht aufeinander abgestimmt sind. Eine systematische Evaluation, ob schulische Maßnahmen das angestrebte Ziel erreichen, findet selten statt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie zur Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Die bundesweite Untersuchung umfasste Fallstudien an 20 Gymnasien. Befragt wurden Lehrkräfte, die für die Berufs- und Studienorientierung zuständig sind, sowie zentrale Kooperationspartner. Hauptkritikpunkt der Lehrkräfte: In den Landesvorgaben zur Berufs- und Studienorientierung sind teilweise nicht ausreichend zeitliche und finanzielle Ressourcen für vorgesehene Aufgaben eingeplant. Auch der Zeitpunkt, zu dem eine Schule

mit der Berufs- und Studienorientierung beginnen soll, ist ein strittiges Thema. Lehrkräfte und auch Berufsberaterinnen und Berufsberater plädieren teilweise für einen späteren Beginn im Vergleich zum Landeskonzept.

Die untersuchten Gymnasien richten ihre Angebote vor allem zur Aufnahme eines Studiums aus. Die Schulen sollten daher die duale Berufsausbildung als Alternative in ihren Konzepten verankern, so die Empfehlung des Forscherteams. Die Studie „Bedarfe und Verbesserungspotenziale der Studien- und Berufsorientierung an Gymnasien“ entstand in der Berufsbildungs-Forschungsinitiative (BBFI).

Das BMBF hat Anfang 2019 einen Förderaufruf zur beruflichen Orientierung an Gymnasien in der Sekundarstufe I gestartet (→ siehe auch S. 6–7).



Mehr Infos

Schlussbericht: Studie zur Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien
www.bildungsketten.de/intern/system/upload/Materialien/Abschlussbericht_BBFI_BOGYM.pdf

10.000

Initiative VerA feiert Rekord bei Begleitungen

Begleitungen – für die Initiative VerA zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen ein Grund zum Feiern: Mit einem Festakt in Berlin ehrte der Senior Experten Service (SES) sein 10.000stes Tandem. Seniorexperte Michael Thamm (60) aus Sachsen betreut den 16-jährigen Paul Kapp, der eine Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer macht. Das Tandem ist eines von über 10.000, das sich seit dem Start der Initiative VerA Ende 2008 gefunden hat. 2017 wurde erstmals die Zahl von 4.000 Begleitungen pro Jahr überschritten. Zunehmend wenden sich auch Auszubildende mit Migrationshintergrund an den SES. So erhöhte sich der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund bei den Begleitungen von rund 25 Prozent 2015 auf 37 Prozent 2017. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat die Förderung von VerA bis 2022 verlängert und stellt hierfür über 15 Millionen Euro bereit. Geplant ist, die Anzahl der Begleitungen in Gesundheits- und Pflegeberufen aufzustocken. Zudem rückt der ländliche Raum stärker in den Fokus. Der SES erprobt ab 2019 neue Formen der Begleitung, zum Beispiel Angebote für kleine Gruppen. VerA ist ein zentraler Partner der Initiative Bildungsketten.



Mehr Infos

<http://vera.ses-bonn.de>

289

Jugendberufsagenturen bundesweit ausgebaut

Jugendberufsagenturen setzen sich dafür ein, dass junge Menschen unter 25 Jahren beim Übergang von der Schule in den Beruf eine Betreuung wie aus einer Hand erhalten. Damit ist die Zahl der rechtskreisübergreifenden Kooperationen von Agenturen für Arbeit, Jobcentern und Jugendämtern seit 2015 um rund ein Drittel gestiegen. Je nach Region kommen weitere Partner hinzu, zum Beispiel Schulen und Betriebe. Seit 2010 unterstützen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Spitzenverbände und die Länder den flächendeckenden Ausbau der Jugendberufsagentur. Mehrere Länder haben die Jugendberufsagentur als ein wichtiges Strukturmerkmal am Übergang Schule – Beruf in die Vereinbarungen zur Initiative Bildungsketten aufgenommen.



Mehr Infos

<http://bit.ly/Jugendberufsagentur>

Brandenburg: Koordinierungsstelle Praxislernen bis 2020 verlängert

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat das Projektvorhaben für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2020 verlängert. Seit 2017 gibt es das Projekt „Koordinierungsstelle Praxislernen“ im Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg in Potsdam. Ziel des Vorhabens ist es, Praxislernen als besonderes, berufsorientierendes Unterrichtskonzept an Brandenburger Ober- und Gesamtschulen sowie Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ bekannt zu machen und Schulen bei der Implementierung bedarfsgerecht zu unterstützen.

Für die nächsten zwei Jahre hat sich das Projekt-Team folgende inhaltliche Schwerpunkte gesetzt:

- Sicherung der Qualität bei der Umsetzung von Praxislernen an Brandenburger Schulen durch Beratung vor Ort
- Fördern von regionalen Erfahrungsaustauschen
- Unterstützung von Kooperationen zwischen Schule und Betrieb

Seit 2016 ist das Praxislernen Bestandteil der Landesstrategie zur Berufs- und Studienorientierung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Es bildet mit Potenzialanalyse, Berufswahlpass und Schülerbetriebspraktikum die zentralen Elemente für eine systematische und praxisorientierte Berufs- und Studienorientierung.

Das BMBF fördert die Koordinierungsstelle Praxislernen bis 2020 mit rund 500.000 Euro. Grundlage ist eine Vereinbarung des Bundes mit dem Land Brandenburg und der Bundesagentur für Arbeit in der Initiative Bildungsketten. Ziel ist es, Förderinstrumente zur beruflichen Orientierung und zum Übergang Schule – Beruf aufeinander abzustimmen.



Mehr Infos

Koordinierungsstelle Praxislernen
www.praxislernen.de

Eltern in die berufliche Orientierung einbinden

DIE LETZTE SEITE

Nur informieren, das reicht nicht: Eltern lassen sich in die berufliche Orientierung an Schulen einbinden, wenn man ihnen auf Augenhöhe begegnet und sie gleichberechtigte Partner sind. Dazu braucht es das Engagement aller Beteiligten. Das zeigt eine Studie zur Rolle der Eltern bei der beruflichen Orientierung ihrer Kinder.

Die Eltern sind für ihre Kinder in der Regel die ersten Ansprechpersonen, wenn es um die Berufswahl geht, und haben einen entsprechend großen Einfluss auf ihre Kinder. Wie lässt sich dieser Einfluss für eine umfassende berufliche Orientierung nutzen? Wie treffen Jugendliche eine Berufswahl, die ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht? Die Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung und des SOKO Instituts macht Vorschläge, wie eine aktive und nachhaltige Einbindung von Eltern in der beruflichen Orientierung erreicht wird. Empfohlen werden folgende Aspekte:

Studie zur Elterneinbindung

Die Studie „Aktivierungspotenzial von Eltern im Prozess der Berufsorientierung – Möglichkeiten und Grenzen“ erstellten das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung und das SOKO Institut für das Bundesbildungsministerium. Das Forscherteam befragte über 1.000 Jugendliche und ihre Eltern sowie Akteure aus Politik und Praxis zum Wissensstand zur Berufsorientierung, zur Unterstützung durch die Eltern und zur Nutzung und Bewertung von Angeboten. Die Untersuchung gibt einen Überblick über den Forschungsstand zur Elterneinbindung und listet Elternprojekte auf. Verschiedene Projektansätze zeigen Handlungsoptionen auf, wie die Elterneinbindung gestärkt werden kann.

- Eltern als gleichwertige Partner betrachten und eine Kommunikation auf Augenhöhe durchführen
- die Eltern aktiv ins Schulgeschehen einbinden
- die Eltern direkt ansprechen und sich an deren Wünschen und Interessen orientieren
- soziale Netzwerke, lokale Multiplikatoren oder auch Migrantenorganisationen einbinden, um Zugang zu allen Eltern zu erhalten
- ein dauerhaftes und begleitendes Angebot bereitstellen
- die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern wie etwa Arbeitsagentur und Betrieben fördern

Ein Blick in die Praxis zeigt jedoch: Viele Angebote für Eltern beschränken sich darauf, Wissen zu vermitteln. Nur selten findet eine aktive Einbindung der Eltern in der beruflichen Orientierung statt. Dabei gibt es durchaus verschiedene Ansätze in den Ländern und Kommunen.

Eltern stellen ihre Berufe vor

Um den Austausch zwischen Eltern und Kindern zur beruflichen Orientierung zu steigern, empfiehlt die Studie, Eltern aktiv einzubeziehen. Beispielsweise berichten Eltern auf Berufsinformationsveranstaltungen über ihre Berufe und Betriebe und können ihre Erfahrungen aus der Arbeitswelt einbringen. Die Studie empfiehlt auch gemeinsame Aktivitäten von Eltern und Kindern, zum Beispiel Berufsfelder erkunden oder Bewerbungen schreiben. Bei solchen Aktionen können Eltern zugleich praktische und inhaltliche Kompetenzen vermittelt werden, um ihre zentrale Rolle in der beruflichen Orientierung auszufüllen. Um weitere Eltern zu erreichen, sollten diese aktiv angesprochen werden. Hierzu könnten etwa andere Eltern als Multiplikatoren dienen, die Informationen zur beruflichen Orientierung vermitteln und bei Fragen als Ansprechpersonen zur Verfügung stehen.

Um Angebote attraktiver zu gestalten, sollten auch die Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. So sind viele Veranstaltungen nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der Eltern zugeschnitten. Bei Informationsveranstaltungen sollte darauf geachtet werden, dass diese den Eltern einen Mehrwert bieten, etwa durch externe Referentinnen und Referenten. Ein wichtiger



Faktor ist auch der Zeitpunkt, zu dem Angebote stattfinden. Eltern sind beispielsweise am Wochenende gut zu erreichen.

Oftmals fehlt eine systematische Einbindung der Eltern in die berufliche Orientierung. Angebote für Eltern werden in der Regel in Form von Projekten durchgeführt und sind dabei in ihrer Dauer begrenzt. Bestehende Konzepte zur beruflichen Orientierung benötigen hingegen eine verbindliche Einbeziehung der Eltern, die über das reine Informieren hinausgeht. Hier könnte die Einrichtung von kommunalen Angeboten oder die Bereitstellung von Informationen über erfolgreiche Instrumente Abhilfe schaffen.

Eltern sehen sich als wichtige Unterstützer

Wie sehen Eltern selbst ihre Rolle in der beruflichen Orientierung? Sind sie überhaupt bereit, aktiv zu werden und ihre Kinder beim Weg in den Beruf zu unterstützen? Laut Studie ist die Mehrheit der Eltern der Meinung, über gute oder sehr gute Kenntnisse zum Bewerbungsprozess, zum regionalen Ausbildungsmarkt und – mit gewissem Abstand – zu Ausbildungsinhalten und Berufsbildern zu verfügen. Werden diese Kenntnisse auch genutzt? Eltern sehen sich selbst als wichtige Unterstützer ihrer Kinder bei der beruflichen Orientierung. Sie helfen etwa bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen, der Suche nach einem Praktikum, beim Übergang von der Schule in den Beruf und in der Ausbildung. Sie haben dabei eine positive Sicht auf ihre Rolle.

Wie kommt die Unterstützung der Eltern bei den Kindern an? In ihrer Mehrheit teilen die Jugendlichen die Meinung ihrer Eltern und fühlen sich ausreichend und

gut unterstützt. So sind sie der Meinung, dass Eltern ihre Stärken und Schwächen gut kennen und darauf aufbauend Tipps zur Berufswahl geben können. Die Gesprächsbereitschaft der Eltern bei beruflichen Fragen wird als hoch eingeschätzt und auch eine aktive Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche angenommen. Es gibt von Seiten der Jugendlichen auch Kritik: Auseinandersetzungen über den richtigen Beruf oder die Klage über mangelnde Unterstützung und Desinteresse an der beruflichen Zukunft werden genannt.

Jobmessen sind bekannt, werden aber wenig genutzt

Ein anderes Bild entsteht, wenn nach den Kenntnissen und nach der Nutzung von Angeboten zur beruflichen Orientierung gefragt wird. Eltern kennen Unterstützungsangebote wie Infobörsen und Messen, die berufliche Orientierung außerhalb der Schule und auch Elternabende, nutzen diese jedoch selten. Wenn überhaupt werden Elternabende und Gesprächskreise zur beruflichen Orientierung noch am ehesten genutzt. Diese Angebote stellen vermutlich eine kleinere Hürde dar, weil die Schule eine Einladung verschickt und eine Teilnahme im Schulgebäude ohne großen Aufwand möglich ist.



Mehr Infos

Abschlussbericht der Studie „Aktivierungspotenzial von Eltern im Prozess der Berufsorientierung – Möglichkeiten und Grenzen“
<https://bit.ly/2AsSHdS>

bmbf.de
bmas.de
bildungsketten.de